

# Neuer Vorwärts

## Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 111

SONNTAG, 28. Juli 1935

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:

Die Fahrt in den Abgrund  
Die Angstbasis des Systems  
Der Gangsterchef als Polizeipräsident  
Kriegserklärung im Kulturkampf

# Tobsuchtsanfall des Systems

## Die Furcht vor der stillen Revolution

Das System hat einen neuen Tobsuchtsanfall. Es ist ein Ausbruch der Nervosität und des Krampfes, in dem es wild um sich schlägt. Aber werden seine Schläge wirkungsvoll treffen? Das System gleicht einem Mann, um den sich ein würgendes Netz immer enger zusammenzieht. Er sucht es an vielen Stellen zu zerreißen, er schlägt dagegen, aber das Netz weicht zurück, um ihn danach um so enger zu umschließen.

Der Kampf mit der katholischen Kirche ist zum offenen Krieg geworden. Die katholische Volksbewegung ist ein wesentlicher Teil der Gesamtopposition. Rund 20 Millionen Einwohner Deutschlands bekennen sich zum Katholizismus, 6 bis 7 Millionen davon waren Wähler politischer katholischer Parteien. Die Erinnerung an die frühere parteimäßige politische Formierung in Deutschland ist heute stärker als im Jahre 1934, die Aktivität der katholischen Opposition zusehends im Wachsen, und die Vertrauensbasis des Systems wird ebenso zusehends immer schmaler. Der Kulturkampf unter Bismarck lief in ein Remis aus, weil der wirtschaftliche Aufschwung des Reichs in der großen Industrialisierungsperiode und der damit verbundene relativ liberale Kurs die Schärfe der Gegensätze abschloß. Aber das Hitlersystem, das jetzt eine offizielle Kriegserklärung gegen den Katholizismus abgegeben hat, sieht vor sich nicht wirtschaftlichen Aufschwung, sondern immer drohender werdende krisenhafte Perspektiven mit immer geringer werdenden Auswegen. Damit verbunden ist eine stille, aber nachhaltige Verschärfung der Opposition, eine Wandlung von oppositioneller Stimmung zu kämpferischem Haß. Das ist der Untergrund, der dem neuen Kulturkampf seine Bedeutung gibt.

Der andere Streich des Systems geht gegen den Stahlhelm. Verbote, Auflösungen, Verhaftungen, drohende Terrorreden sind die Kampfmittel, die gegen diese Gruppe angewandt werden. Der Stahlhelm repräsentiert eine gewisse bürgerliche Tradition und eine gewisse Schicht des Bürgertums, die nicht ins System eingeschmolzen werden konnte. Wird diese Schicht durch eine neue Terrorwelle im dritten Jahre des Systems liquidiert werden können? Die Chancen dafür sind mäßig.

Zum dritten: eine neue Pogromwelle gegen die Juden. Die Zahl der Juden in Deutschland ist beträchtlich zusammengeschmolzen. Von einer Volksbewegung gegen sie ist keine Rede, vielmehr von einer sehr allgemeinen Ablehnung des neuen Bandenkrieges der Streicherschen Schwarzen Hundert. Die übelsten Elemente aus der Gefolgschaft des Systems sind wieder aktiviert worden. Hier geht — wie überhaupt im System — Politik und persönliches Geschäft durcheinander. Damit das Einkommen des Subjekts Streicher aus der Pogromhetze wächst, setzt die wilde Gruppe des Systems unbedenklich alle politischen Hemmungen und Erwägungen beiseite.

Ist hinter diesen Verzweigungsoffensiven des Systems nach allen Seiten ein Plan? Dies anzunehmen, hieße das System überschätzen. Es geht vielmehr ganz offenbar im System alles kunterbunt durcheinander, so daß man wieder die

Frage aufwerfen muß: wer regiert eigentlich? Die Vorgänge um den Berliner Pogrom herum sind bezeichnend für die mangelnde Konsolidierung des Systems. Eine Gruppe aus dem System hat offensichtlich über den Kopf anderer Gruppen hinweg einen Vorstoß unternommen, um sich wieder in den Vordergrund zu schieben und um der immer sichtbarer werdenden Inaktivierung der nationalsozialistischen Partei und der SA entgegenzuwirken. Daß diese Gruppe dafür kein anderes Mittel wußte als den Rückgriff auf die Pogrommethoden von 1931 und 1932, ist ein Zeichen offenkundiger organisatorischer und ideologischer Schwäche und Verkalkung. Was die Personen dieser Gruppe angeht, so kann man von ihnen nur sagen: sie sind noch nicht saturiert und nach größerer Beute gierig, so wie der neue Polizeipräsident von Berlin, der berühmte Helldorff.

Die Vorgänge um die Ernennung dieses Gangsterchefs zum Berliner Polizeipräsidenten sind noch dunkel. Tatsache ist, daß Berlin wieder einmal durch die NSDAP und die SA unter Führung des Helldorff in Gemeinschaft mit Göbbels und der nationalsozialistischen Gauleitung für Berlin »erobert« werden soll. Ist Berlin nicht eigentlich schon einmal »erobert« worden, und hat sich nicht erst vor kurzem Göbbels gerühmt, daß er der Eroberer sei? Wie kommt es, daß Berlin zum zweitenmal »erobert« und »gesäubert« werden muß? Hat es mit der ersten Eroberung doch nicht gestimmt? Es hat nicht gestimmt; denn das System sitzt in Berlin tatsächlich nur wie in einer äußerlich eroberten Stadt, deren Mentalität immer mehr vom System abdrückt. Wir nehmen übrigens die Verbrechergesinnung der Bande um Helldorff ernst genug, um zu fragen: soll dieser neue Tobsuchtsanfall, diese neue »Säuberung« in einer Wiederaufnahme der Methoden der SA-Keller und des wilden Bandenkrieges, der Ergänzung des Polizei- und Justizterrors durch die Bestialitäten entmenschter SA-Banden bestehen? Wir wissen aber auch, daß die Volksstimmung heute anders ist als 1933, weniger gelähmt und deshalb dem Eindruck des Terrors weniger zugänglich, daß heute die Sympathie der Bevölkerung keinesfalls auf der Seite der Terroristen, sondern schon sehr stark auf der Seite der Verfolgten steht. Wir möchten wohl wissen, wie das System

mit Hilfe von SA-Banden die Stimmung unter den Arbeitern in den Betrieben für sich zu bessern gedenkt! Die Gangster können sehr unangenehme Überraschungen dabei erleben! Der wachsende Widerstandswille der Arbeiterschaft und die illegale sozialdemokratische Arbeit gegen das System sind mit keiner Methode mehr zu brechen, mögen die Göbbels, Helldorffs und Konsorten noch so sehr von der »Säuberung Berlins von der Kommune« deklamieren.

Der neue Krampf zeigt nur ihre Schwäche. Sie sehen wohl einer drohenden furchtbaren Pleite ins Gesicht, weil sie sozusagen vor dem 30. Juni 1934 wieder anfangen möchten? Es sind in Deutschland alle Elemente eines normalen staatlichen Herrschaftsapparates vorhanden: Heer, Polizei, Bürokratie — aber kein normaler Staatsapparat mit einer dirigierenden Spitze. Die Diktatur ist kein konsolidiertes System, sondern eine anarchische Angelegenheit. Das Wort von der »Eroberung Berlins« verrät mehr, als es soll. Sie rühmen sich, Deutschland zur gefürchteten Weltmacht gemacht zu haben — aber unter ihnen steht ein »erobertes«, ein bedrücktes und widerwilliges Volk, dessen Regungen ihnen Schrecken einflößen, in welcher Klasse und in welcher Form sie sich auch immer zeigen. An der Tatsache, daß die Volksstimmung immer mehr zu ihren Ungunsten umschlägt, brechen ihre nationalsozialistischen Propagandaphrasen zusammen. Wenn Gangsterchefs die mangelnde Volkseinheit mit Gangstermethoden herbeiführen sollen, so sieht es um die Basis der Weltmachtstellung windig aus.

Oben ist die Anarchie, der Streit und die Rivalität der Gangster untereinander, unten aber ist die stille Revolution! Die offenen Revolutionen sind immer nur Vollstreckungen, das Sichtbarwerden politisch-sozialer Tatbestände. Der eigentlich revolutionierende Prozeß ist der Stimmungsverfall, die Wandlung des politischen Urteils, die Konsolidierung der Oppositionen und das Wachsen des Hasses — ein Prozeß, der in Deutschland im Gange ist. Es ist gut, daß das System in seinen Tobsuchtsanfällen die Brüchigkeit seiner Basis und die mangelnde Konsolidierung verrät! In ihren Deklamationen über die letzten Vorgänge sagt die nationalsozialistische Presse, daß der revolu-

tionäre Prozeß noch nicht zu Ende sei. Selbstverständlich nicht — nur ganz anders, als sie sich vorstellen!

Jetzt wollen sie aus Angst die feierlich abgeschworene »zweite Revolution« machen. Sie legen damit ein Geständnis ab: daß sie der Opposition nicht mehr Herr werden können. Was sie jetzt unternehmen, gleicht den Verzweigungsoffensiven Ludendorffs im Sommer 1918.

## Das Ende eines Henkersknechts

In Leipzig ist eine von den ersten lokalen Nazigrößen in der Nacht erschossen auf der Straße aufgefundene worden. Es handelt sich um den Standartenführer Stoffregen. Stoffregen hat als Befehlshaber über die Leipziger SA die verschiedenen Zusammenstöße vor dem März 1933 auf dem Gewissen, und er war es, unter dessen Führung die SA nach der Machtergreifung den Arbeitern nicht nur das Volkshaus, die Bundeschule des Turn- und Sportbundes, das Gebäude der »Volkszeitung«, die gewerkschaftlichen Verhandlungsbüros und eine große Anzahl von Turnplätzen und Turnhallen raubte, sondern dabei gleichzeitig auch brutale Mißhandlungen gegen die Arbeiter beging.

Stoffregen wurde Anfang 1933 von den Nationalsozialisten zum Vizevorsteher des Leipziger Stadtverordnetenparlaments gemacht. In seiner Eigenschaft als Standartenführer war ihm auch das berühmte Konzentrationslager in Colditz direkt unterstellt. Die dort internierten sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter haben die vielfachsten Mißhandlungen erdulden müssen. Stoffregen selbst inspizierte von Zeit zu Zeit das Lager und sorgte dafür, daß die Mißhandlungen nicht nachließen.

Ueber seinen Tod schwebt noch einiges Dunkel. Es scheint aber, daß er mit größeren Unterschlagungen in Zusammenhang zu bringen ist, die Stoffregen an der Winterhilfe begangen hat. In diese Angelegenheit sollen auch noch andere hochstehende nationalsozialistische Persönlichkeiten, u. a. der frühere Landtagspräsident Dönicke, verwickelt sein. Ob Stoffregen Selbstmord begangen hat, oder ob er von seinen eigenen Gesinnungsfreunden nachts erschossen worden ist, um einen unbequemen und unmöglich gewordenen »alten Kämpfer« zu beseitigen, darüber schweigen sich die, die Aufklärung geben können, aus.

## Der Gangsterchef als Polizeipräsident

### Wer ist der neue Polizeipräsident von Berlin?

Das System hat den früheren SA-Führer Graf Helldorff zum Polizeipräsidenten von Berlin gemacht. Der bisherige nationalsozialistische Polizeipräsident von Levetzow, ein alter Putschist, war nicht stillet genug. Dieser Levetzow hat jede Schweinerei gedeckt. In den ersten Tagen des Terrors im Frühjahr 1933 erklärte er noch als kaiserliche Offizier schäme er sich, daß sich solche Dinge noch immer ereigneten. Später hat er sich daran gewöhnt, daß »solche Dinge« eine Dauereinrichtung wurden und hat sich nicht mehr geschämt, der Kamerad und Beamte von Mördern zu sein.

Aber wer ist sein Nachfolger, wer ist

der Mann, der jetzt Polizeipräsident einer der größten Städte der Welt ist? Wolf Graf von Helldorff ist ein Entgleister, ein Abenteurer, eine dunkle Existenz. Er hat sein Erbe verpraßt und sein ererbtes Rittergut zugrunde gerichtet. Seine Schuldenwirtschaft trieb ihn zum Offenbarungseid, seine Schuldenprozesse sind Legion. Nach seinem völligen Bankrott führte er eine finstere Existenz — er warf sich wie eine Reihe anderer Bankrotteure in die Arme der NSDAP. Dort wurde er als Landsknechtsführer beschäftigt und besoldet. Er war einer der Organisatoren des Kurfürstendamm-Pogroms vom 12. Sep-

tember 1931 in Berlin. Er wurde prozessiert — in jenem skandalösen Verfahren, in dem die Justiz sich zur Handlangerin der Pogromisten machte. Natürlich wurde er freigesprochen. Aber selbst diese Prozeßführung genügte, um ihn als Chef einer Gangsterbande genügend zu charakterisieren.

Er wurde nach der Machtergreifung Hitlers einer der Organisatoren des scheußlichsten Terrors, des Mords und der Folterungen. Er hat die politische Blutrache offiziell verkündet. Er hat den Terror für seine eigenen dunklen privaten Zwecke ausgenutzt. Als der bekannte Hellscher Hanussen von ihm

# Deutsche Streiflichter

## Auch ein Führer

Es ist beinahe in Vergessenheit geraten, daß im Dritten Reiche noch ein Mann mit Namen Franz Seidte lebt.

Er ist nicht nur Reichsarbeitsminister, sondern bis zur Stunde Bundesführer des NSDFB (Stahlhelm), den er einst gegründet hat, übrigens damals im Jahre 1919 auf dem Boden der Tatsachen für Demokratie und Republik. Seiner Organisation ist die Republik zeitweise mit dem Aufhebungsparagrafen zu Leibe gerückt. Wie konnte Herr Franz Seidte damals dagegen aufbegehren? Jetzt werden wieder seine Organisationen aufgelöst, und zwar von einer Regierung, in der er selbst als Minister sitzt. Welch ein Bildchen: In Baden, in Bayern, in Thüringen, in Sachsen, in Anhalt und wer weiß wo noch werden die Ortgruppen des NSDFB (Stahlhelm) der staatsfeindlichen Betätigung angeklagt, ihre Vorsitzenden werden eingesperrt und das Vermögen der Vereine wird beschlagnahmt. Der sogenannte Führer dieses aus Gründen der Staatsräson verfolgten Bundes bleibt im Reichskabinett, und was tut er? Immerhin etwas. Nach der »Kreuzzeitung« hat der Reichsminister und Stahlhelmführer »sofort um Uebersendung der Akten ersucht, um die erhobenen Anschuldigungen nachprüfen zu können«. Niemand von den Nazibonzen im Lande hat es also für notwendig gefunden, den »Führer« Seidte auch nur zu fragen oder gar um Abstellung der behaupteten staatsfeindlichen Agitation zu ersuchen, ehe man mit Polizeiknüppeln auf den Stahlhelm losschlug. Ahnungslos sitzt der Stahlhelmführer in der Reichsregierung, und im Lande draußen organisieren seine Ortgruppen die Revolution. Wenigstens behaupten das die Reichsstatthalter und Länderminister.

Aber nun studiert Herr Franz Seidte die Akten und wird sich so die Aufklärung verschaffen, die ihm seine Nazikollegen zugestehen wollen. Das Ganze nennt sich »Führerprinzip«. Die Stahlhelmer freilich haben durchweg ein anderes zweisilbiges Wort für ihren Bundesführer. Ein Wort, das in allen deutschen Kasernen gang und gäbe und im Falle Seidte gewiß die einzig mögliche Charakteristik ist.

## »Fruchtbare geistige Auseinandersetzung«

Noch immer wird das neue Deutschland in der Welt nicht verstanden. Kommt eine gutgläubige Delegation, wie jetzt die der britischen Frontkämpfer, nach Berlin, so hat man das Pech, daß ausgerechnet dann bol-

schewistisch-jüdische Elemente Störungen in den tiefen deutschen Seelenfrieden tragen. Darüber wird dann leider, wie wir es eben wieder erlebt haben, unfreundlich in der Weltpresse berichtet. Die »Frankfurter Zeitung« ist darob sehr bekümmert. Also nicht etwa über die Judenpogrome, sondern über die unvernünftigen Ausländer, die so etwas nicht ganz richtig zu würdigen verstehen. Für das Blatt, das noch immer den Namen seines jüdischen Gründers Sonnenmann auf der Titelseite trägt, sieht das, was in diesen Sommertagen landauf und landab im Reiche geschieht, so aus:

»Man möge in seiner ganzen Bedeutung erfassen, daß das deutsche Gesicht durchaus nach innen gekehrt ist... Die Verantwortlichen denken nicht daran, die fruchtbare geistige Auseinandersetzung, in der man sich befindet, auf organisatorischem Wege abzudrosseln. Es ist der Stolz der deutschen Geschichte, Dinge des Geistes niemals leicht genommen zu haben.«

»Man« befindet sich also in einer »fruchtbaren« geistigen Auseinandersetzung. Anderwärts wird sie zwar mehr als furchtbar, denn als fruchtbar empfunden, aber das liegt dann wohl daran, daß man Streichers »Stürmer« und ähnliche »Dinge des Geistes« nicht richtig zu beurteilen vermag.

Was muß die »Frankfurter Zeitung« für Anschauungen über fruchtbare geistige Auseinandersetzung haben! Auf demselben Blatte, auf dem sie die Auslandspreise über deutsche Geistesfreiheit belehrt, wird mitgeteilt, daß Rosenbergs antichristliche Kampfrede in Münster noch und wieder einmal über alle deutschen Sender wiederholt wird. Daneben steht zu lesen, daß Görings Essener »Nationalzeitung« Maßnahmen gegen die Bekenntnischristen androht, weil deren bayrischer Bischof D. Meiser in einem in jeder Beziehung bescheidenen Briefe an den preußischen Ministerpräsidenten sich einige zahme Bemerkungen gegen dessen germanisch-heidnische Sonnwendrede auf dem Hesselberge in Franken erlaubt hat. Das Schreiben schließt:

„Wir legen Kirchenvorstehern und Gemeinden ernstlich ans Herz, sich durch keinerlei Bitterkeit in dem uns von Gott befohlenen Gehorsam gegen die Obrigkeit irre machen zu lassen, sich vielmehr umso ernster in die Fürbitte treiben zu lassen und in Wort und Wandel ihren christlichen Stand um so gründlicher unter Beweis zu stellen.“

Und da tobt Görings Blatt schon gegen »staatsfeindliche Elemente, die unter der Flagge des Kirchenstreites sich regen.“

Wie gesagt: für die »Frankfurter Zeitung« ist das eine »fruchtbare geistige Auseinandersetzung«, und es ist purer böser

Wille, wenn die Auslandspreise das nicht einseht.

## Exporteure, und solche, die es werden wollen

Ausfuhrförderung ist jetzt das große wirtschaftliche Schlagwort im Reiche. Man sollte meinen, es gehöre nicht viel kaufmännische Intelligenz dazu, um sich zu sagen, daß eine der Vorbedingungen ist, mit den Kunden der Länder, deren Markt gewonnen werden soll, in ihrer Sprache zu korrespondieren oder doch in einer Sprache, die ihnen näher liegt als das nun einmal mehr kontinentale Deutsch. Man mag es bedauern, aber auch der wildeste deutsche Nationalist wird einstweilen um die Tatsache nicht herum kommen, daß englisch und französisch, vor allem englisch Weltsprachen sind und noch nicht deutsch. Sogar spanisch kommt noch vorher.

In einem Teil der deutschen Geschäftswelt scheint man anzunehmen, daß seit zwei Jahren die Kaufleute rund um den Erdball deutsch lernen, um die Rundfunkreden des Herrn Adolf Hitler verstehen und die deutschen Offertbriefe lesen zu können. Wenigstens beklagt sich die »Württembergische Wirtschafts-Zeitschrift«, daß deutsche Exportfirmen sogar nach Britisch-Indien Angebote in deutscher Sprache richten. Die deutschen Konsulate seien aber nicht in der Lage, alle Gesuche indischer Firmen um Uebersetzung solcher Briefe zu erfüllen, ganz abgesehen davon, daß natürlich die meisten indischen Firmen sich gar nicht die Mühe machten, die deutschen Briefe erst vorzulegen. Auch das deutsche Konsulat in Kairo fordert auf, mit Aegypten nur in englischer oder in französischer Sprache zu korrespondieren. Wenn die deutschen Konsulate solche Mahnungen erlassen, die man in der Republik als »national würdelos« verworfen hätte, muß es mit dem Unfug, den deutsche Exporteure in der Welt anrichten, schon ziemlich schlimm stehen. Schuld daran ist freilich die bornierte Geistesverfassung, die namentlich bei jüngeren deutschen Kaufleuten herangezüchtet worden ist, und die davon träumt, daß die ganze Welt mit Bewunderung und Neid auf das neue Deutschland und seinen Hitler blicke.

Solche Phantasten könnten nur durch Auslandsreisen kuriert werden. Schon auf der ersten außerdeutschen Grenzstation merken sie meist, wie die Stimmung ist, wenn sie sich so benehmen, wie sie es von Hitlerdeutschland her gewohnt sind.

Hannes Wink.

eine Schuld in Höhe von mehreren zehntausend Mark zurückforderte, ließ er ihn ermorden und durch die Mörder die Wechsel stehlen. Auf diese Weise entledigte er sich nicht nur dieser Schuld, sondern zugleich seiner übrigen Schuldenlast. Zwar schwimmen auch heute noch in Berlin, und vor allem in jüdischen Kreisen, viele Akzente von ihm herum, aber niemand wagt mehr, sie zu präsentieren.

Seine verruchteste Tat war die Teilnahme an der Reichstagsbrandstiftung. Er ist der Mann, der laut seiner beschworenen Zeugenaussage im Prozeß vom Reichstagsbrand schon eine halbe Stunde vor Brandausbruch davon wußte und der als SA-Führer von Berlin die Verhaftung von 1500 sozialdemokratischen und kommunistischen Funktionären und von zahlreichen Intellektuellen befahl.

Ein so stillechter Nazi ist vom System auch belohnt worden. Schon am 25. März 1933 wurde er Polizeipräsident von Potsdam. Aber obwohl er nun teilnahm an der Großkorruption der nationalsozialistischen Oberführer, ging seine Bankrottwirtschaft weiter, so daß er in den Hintergrund treten mußte. Seine stille Abhalfterung war schon im Gange — da hat ihn nun die neue Welle der Gangsterei wieder mit nach oben geschwemmt.

Dieser korrupte Bursche, für den die Politik nichts war als eine Flucht aus dem Bankrott, ein Raub im größten Stille mit verbrecherischen Mitteln, ist jetzt Polizeipräsident der Hauptstadt des deutschen Reichs. Das Gangstersystem hat einen der übelsten Gangsterführer auf diesen Posten gestellt. Diese Beförderung kennzeichnet den Sinn und den Geist der neuen Tobsuchtsweil. Die korrupte Clique schiebt sich wieder in den Vordergrund.

## Noch ein Polizeipräsident

Die deutsche Zeitung »Politik« berichtet in Nr. 237:

In einem Restaurant in Stege (in Dänemark) wurde eine große Schlacht geliefert, bei der kein geringerer als der Polizeipräsident von Hamburg, Boltz, den Anführer machte.

Der Herr Polizeipräsident macht augenblicklich eine Luftfahrt mit dem Lustkutter »Rheinpfalz« und besuchte u. a. die Insel Moen (Dänemark) und das Städtchen Stege, wo er vor einigen Tagen eintraf. Mit einigen Offizieren und einem Herrn Xavier de Plaine betrat er Frederik Olsens Restaurant, in dem einige deutsche und dänische Seeleute und u. a. auch ein Kopenhagener Marine-Jugendverein es sich gemütlich machten.

Bei diesen jungen Leuten wünschte der Herr Polizeipräsident zu sitzen und als der Wirt nicht imstande war, mehr Platz zu schaffen und bemerkte, daß er der Herr im Hause sei, sprang Boltz auf ihn zu und bearbeitete ihn nach bestem nazistischen Muster. Der Sohn des Wirtes kam seinem Vater zu Hilfe und im Nu entstand eine wüste Kélerel, bei der der Versuch gemacht wurde, den Sohn zu würgen. Erst nachdem es dem Wirt gelang, das Licht auszuschalten, verließen die Gäste das Haus, einen Trümmerhaufen von zerschlagenem Geschirr und zertrümmerten Lampen hinterlassend.

Gegen 4 Uhr morgens verließen die starken Deutschen mit unbekanntem Ziel Stege.

## Nichts ohne Fälschung!

Erlebnisse der englischen Frontkämpfer.

Die Vertreter der British Legion, die Deutschland besucht haben, um mit deutschen Frontkämpfern zusammenzutreffen, sind auf eine ausgesprochene politische Gaunerei hereingefallen. Sie wurden in Deutschland herumgeführt wie Zirkuselefanten, um naiven Leuten zu demonstrieren, daß fortan England der Verbündete Hitlerdeutschlands sei. Das Reichspropagandaministerium hat diese den Engländern zugeschriebene Rolle noch durch eine unverschämte Fälschung unterstrichen. Es hat dem Sprecher der Engländer, dem Major Fetherstone-Godley die folgenden Worte in den Mund gelegt:

„Die Engländer haben ein einziges Mal gegen die Deutschen gekämpft, und wir Vertreter der British Legion glauben, daß dies ein Fehler war, und daß dieser Fehler sich niemals wiederholen darf.“

Der Major Fetherstone-Godley hat gegen die Fälschung protestiert und den wirklichen Wortlaut seiner Ansprache veröffentlicht. Er lautete:

„Die Engländer haben einmal gegen die Deutschen gekämpft und das Ergebnis dieses Kampfes sollte die ihnen wie die

anderen, den Irrtum lehren, den ein Krieg bedeutet. Die Vertreter der Britischen Legion hoffen, daß dies nicht wieder geschehen wird, sondern sie werden an der Verwirklichung der Völkerverständigung arbeiten, um den Krieg in Zukunft zu verhindern.“

Die Fälschung springt in die Augen: aus einem Bekenntnis zum Frieden und zur Völkerverständigung ist eine Bündniserklärung für Hitlerdeutschland gemacht worden, eine Erklärung, daß die Engländer im Weltkrieg auf der falschen Seite gekämpft hätten.

Nach dieser Behandlung durch die Gobbelsche Giftküche wurden die Engländer in die treue Obhut der Gestapo genommen. Als sie sich programmäßig zu einem Frühstück bereit machten, zu dem der Stahlhelm eingeladen hatte, fuhr vor ihrem Hotel Wagen mit Nazihaupteuren vor. Man erklärte den überraschten Engländern, das geplante Frühstück könne nicht stattfinden, da General Göring sie unverzüglich auf seinem Landsitz in der Schorfheide erwarte. Man lud sie in die Wagen, fuhr sie aber nicht sofort in die Schorfheide, sondern zu einer belanglosen Angelegenheit im Osten Berlins — denn Göring selbst mußte erst eiligst in die Schorfheide fahren, um später am Nachmittag die Engländer dort zu empfangen. Auf diese Weise wurde eine Fühlungnahme der Engländer mit dem Stahlhelm sabotiert. Die Methode ist nicht neu: so pflegten die Sowjetbehörden westeuropäische Besucher unter treuer Obhut der Tscheka in Moskau herumzuführen.

Dieser Propagandaschwindel ging unter der Ueberschrift: »Englische Frontkämpfer besuchen deutsche Frontkämpfer!« Schließlich mußten die Engländer wissen, mit was für Burschen sie sich einließen.

## Protest gegen den Hitler-Terror

Das Koordinations-Komitee des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Internationalen Berufsssekretariate hielt am 4. Juli

in Paris eine Sitzung ab. Die allgemeine Lage sowie die der Arbeiterklasse in den faschistischen Ländern wurde einer eingehenden Prüfung unterzogen, worauf das Komitee eine Anzahl ihm notwendig erscheinender Maßnahmen traf.

Angesichts der Verstärkung der Gewaltakte in Hitler-Deutschland, die zu einer neuen Terrorwelle geführt haben, und in Anbetracht dessen, daß die in den Konzentrationslagern eingesperrten Menschen nach wie vor einer barbarischen und unmenschlichen Behandlung ausgesetzt sind und dies gerade zu einer Zeit, wo Hitler zur Erreichung seiner internationalen politischen Ziele einen Pazifismus zur Schau trägt, mit dem er niemand täuschen kann, erhebt das Komitee seinen stärksten Appell an die öffentliche Weltmeinung, erneut gegenüber Hitler und allen faschistischen Regierungen ihre einstimmige und tiefste Verachtung auszusprechen.

## Kinderraub im Dritten Reich

Der nationalsozialistische Staat hat alle Verbrechen begangen, auf denen in zivilisierten Ländern die schwersten Strafen stehen. Aber das Widerliche an diesem System ist die Tatsache, daß sich die herrschenden Gangster immer mehr der Justiz bedienen, um diesen niedrigen Verbrechen scheinheilig das Mäntelchen formaler Berechtigung oder gar des Rechts umzuhängen. Ob es sich darum handelt, einem im Todeskampf ringenden Marxisten ohne ärztliche Hilfe verenden zu lassen, oder sich vor die Sadisten der SA, bzw. SS zu stellen, immer ist die Dirne Justiz gut genug, »offiziell« das schlechte Gewissen des Systems zu decken.

Nur in diesem Sinne ist die in der »Deutschen Richterzeitung« S. 391 mitgeteilte Entscheidung zu werten, nach dem gemäß § 1666 BGB, einem kommunistischen Vater das Sorgerecht über seinen sieben Jahre alten Sohn genommen worden ist, — nur weil der Vater Kommunist ist.

Im Gangsterdeutsch wird das folgendermaßen geheuchelt:

»Ein Vater, früherer Angehöriger der KPD, hatte sich bis zuletzt im kommunistischen Sinne betätigt, war schließlich deswegen verhaftet und zu Freiheitsstrafe verurteilt worden.«

Und nun die Vorwürfe:

»Selten sieben Jahre alten Sohn hatte er bis dahin nicht taufen lassen, vielmehr begonnen, ihn im atheistischen Sinne zu erziehen, auch in seinem Sinne politisch zu beeinflussen.«

In keinem bisherigen Fall ist jemals irgend einem deutschen Amtsgaricht eingefallen, aus weltanschaulichen Gründen den Eltern ihre Kinder zu nehmen. Die Entziehung des Sorgerechts erfolgte nur bei vollkommenen Familienverfall, wenn das Kind sittlich bedroht war, aber was die Eltern des Kindes über die Gestaltung der Welt dachten, ging wahrhaftig kein deutsches Amtsgaricht etwas an. Nun, im Dritten Reich ist alles möglich, und daher konnte das Amtsgaricht Berlin-Lichterfelde gegen den kommunistischen Vater entscheiden und die »Deutsche Richterzeitung« schreibt dazu:

»Das Gericht hat diesem Vater die Sorge für die Person seines Kindes gemäß § 1666 BGB, entzogen. Dabei ist es davon ausgegangen, daß gegenüber einem Mißbrauch des Erziehungsrechts Maßnahmen immer dann eingeleitet werden können und müssen, so lange noch die Aenderung der Erziehung möglich ist. Das ist richtig und auch stets anerkannt worden. Darüber hinaus hat das Gericht mit hochehrwürdiger Deutlichkeit festgestellt, daß heute weder gegen den Nationalsozialismus gerichtete Erziehung geduldet werden könne, noch eine atheistische.«

Was diesem kommunistischen Vater passiert ist, kann morgen dem sozialdemokratischen und dem katholischen passieren. Im gegenwärtigen Deutschland vernichten die sahen und dem katholischen passieren. Im Alexandrien (Heä), aus Riga (Rosenberg), und Buenos Aires (Darré) die letzten Reste der Zivilisation. Hermann Walter.

# Dreyfus

Den Männern des braunen Systems gewidmet

»Um so verhängnisvoller wurde dann die schuldhaft Verstrickung von Generalstab und Kriegsgericht, als sich, sehr bald nach der Deportation, die Wahrheit herausstellte: daß Dreyfuß unschuldig war, daß der wirklich Schuldige, der Major Esterhazy, auch das belastende Schriftstück geschrieben hatte. Jetzt gesellte sich zu dem Wunsch, den eben gewonnenen politischen Sieg bis zum Ende auszukosten, noch die Ueberzeugung, die Staatsautorität dürfe nicht durch die Kassation eines Urteils von so weittragender Bedeutung erschüttert werden — jener tragische Irrtum, den die Menschheit wohl in jedem Zeitalter neu zerstören muß.

Ihre tiefste und beispielhafte Bedeutung aber wird die Affäre Dreyfuß gewiß immer behalten als der Sieg der immanen Idee der Gerechtigkeit über Willkür und politische Leidenschaft. Ein Offizier hat seine Ehre und seine Karriere, ein Schriftsteller Freiheit und Vermögen, ein Politiker Ansehen und Zukunft aufs Spiel gesetzt um dieser Idee willen; daß es möglich war, in so verzweifelter Lage dennoch das gute Gewissen der Nation zu beschwören, wird immer diesen Männern, wird immer der Menschheit zum Ruhme gereichen; und die Erinnerung daran wird stets den Glauben und die Kräfte derjenigen stärken, die sich weigern anzuerkennen, daß der Staat auf einem anderen Fundament als dem der Gerechtigkeit ruhen könne.«

(Frankfurter Zeitung vom 14. Juli 1935.)

## Justiz und Pogrom

Wie die feile Justiz das Treiben der Pogromisten begünstigt, beweist der folgende Gerichtsbericht der Frankfurter Zeitung aus Gießen vom 18. Juli:

Das Schöffengericht in Gießen hatte über eine ganze Anzahl von Körperverletzungs- und Sachbeschädigungs-Delikten zu entscheiden, die sich in Treis a. d. Lunda ereignet hatten. Nach einer Mitteilung des Staatsanwalts bestand an diesem Orte zwischen der Einwohnerschaft und dem jüdischen Bevölkerungsteil ein besonders gespanntes Verhältnis. Gegen eine Reihe von Strafbefehlen hatten die Betroffenen Einspruch eingelegt, über den jetzt entschieden wurde.

Auf dem Bahnhof in Treis kam es in der Nacht nach Fastnacht zu einer schweren Schlägerei mit jüdischen Einwohnern, die beim Vieheinladen beschäftigt waren. Einem Mann, der wegen schwerer Körperverletzung einen Strafbefehl auf zwei Monate, eine Woche Gefängnis und 15 Mark Geldstrafe erhalten hatte, wurde vom Gericht eine Straf-ermäßigung auf einen Monat Gefängnis und fünf Mark Geldstrafe zugewilligt; in zwei weiteren Fällen wurden Strafbefehle über 30 und über 50 Mark Geldstrafe auf je 20 Mark Geldstrafe ermäßigt. In sämtlichen Fällen wurden mildernde Umstände zugewilligt.

In fünf Fällen waren Strafbefehle über je 25 Mark ergangen, weil die betreffenden Fensterscheiben an mehreren Häusern eingeschlagen hatten. Die Angeklagten machten vor Gericht geltend, sie hätten den Juden in Treis wegen provozierendem Auftretens einen Denkwort gegeben wollen. Der Staatsanwalt hob u. a. hervor, daß durch derartige Handlungen der Greuelpropaganda Vorschub geleistet werde. Das Gericht ermäßigte die Geldstrafen auf je 10 Mark. Der Vorsitzende erklärte, daß die Angeklagten den bestehenden Befehlen entgegengehandelt hätten. Die geringe Geldstrafe habe aber ihren Grund in der berechtigten Erregung.

Eine Verhandlung, in der es sich um das Einwerfen eines Fensters der Synagoge handelte, wurde ausgesetzt, um die Glaubwürdigkeit des Belastungszeugen zu prüfen.

## En masse

Wir lesen im »Völkischen Beobachter«: »Nur traurige Meckerer können en masse an die Männer des Amtes »Schönheit des Arbeitsplatzes« anonyme Briefe richten, in denen sie sich über die »Sozialgesinnung mit Blumentöpfen« lustig machen.«

En masse — das ist ein gutes Zeichen!

## Nette Pg.

»Am 26. Juni 1935 wurde der Blockleiter Parteigenosse Willi Abmann durch seinen plötzlichen Tod aus unseren Reihen gerissen. Er war ein treuer Mitkämpfer im Sinne unseres Führers, dessen so frühes Hinscheiden wir sehr bedauern. (NSDAP-Ortsgruppe Hagenow. Aus der Preussischen Zeitung.)

# Kulturkampfgesetze erlassen

System-Terror gegen katholische Volksbewegung

## Die Protestnote Roms

Am 19. Juli überreichte Nuntius Orsenigo dem deutschen Außenminister die förmliche Protestnote des Vatikans, deren Inhalt in dem Nachweis über die Nichteinhaltung des Konkordates in mannigfacher Hinsicht und in dem formgerechten Protest dagegen besteht. Die vatikanischen Beschwerden beziehen sich zur Hauptsache, ohne anderes zu verschweigen, auf drei Gegenstände der neu entfesselten Gegnerschaft zwischen Katholizismus und Drittem Reich: auf die katholischen Vereinsfragen, auf die katholische Pressefrage und auf das hitlerdeutsche Sterilisationsgesetz, seine Handhabung und seine Ablehnung vom katholischen Moralstandpunkt aus.

In dem alten, schon vor und nach dem Konkordatsabschluß angespannten Streit um katholische Vereine und Presse trägt die Note grundsätzlich keinerlei neue Gesichtspunkte hinein. Im wesentlichen stützt sich hier die päpstliche Demarche auf Artikel 31 des Konkordats, in dem es heißt, daß die katholischen Jugend-, Arbeiter- und Gesellenvereine »in ihrer Institution und in ihrer Tätigkeit geschützt« sein sollen und auf eine weitere sinnmäßige Interpretation des Kirchenvertrages, nach dem die Katholiken »sich aller Mittel der modernen Kultur zu ihrer geistigen Betätigung« als gläubige Söhne und Töchter der Kirche bedienen dürfen — also auch der katholischen Presse.

Nicht neu im Kirchenkampf selbst, aber doch für die bisherigen unmittelbaren amtlichen Beziehungen zwischen Kurie und Reichsregierung, tritt als wichtiger Streitgegenstand jetzt in der Note auch das sogenannte Sterilisationsgesetz in den Vordergrund. Die Kirche kann darauf verweisen, daß die Ablehnung der Gesetzespraxis nicht nur in allen Kreisen der katholischen Bevölkerung nach eigenem Eingeständnis der hitlerdeutschen Chirurgomanen groß und einheitlich ist. Am 7. April dieses Jahres hatte bei einer Rede in Münster der Reichsinnenminister Frick das Gesetz sowohl in seinen Einzelbestimmungen wie in seiner Handhabung verteidigt, unter heftigen Ausfällen gegen den Katholizismus.

Frick verkündete — und für die Kirche liegt das Gravierende eben darin, daß das nicht Rosenberg oder Ley, sondern eben der hier zuständige höchste Träger der Reichsgewalt selbst sagte — daß er jede priesterliche und laienmäßige katholische Propaganda gegen das Gesetz von nun ab durch die Staatsgewalt zu verhindern entschlossen sei. Demgegenüber betont jetzt die Protestnote des Vatikans, daß eine solche Behinderung der Priester und Gläubiger, ihrer religiösen Ueberzeugung über die Sündhaftigkeit der Unfruchtbarmachung vor Gott Ausdruck zu geben, mit dem allerersten Prinzip des Konkordates, der Garantie der Freiheit des katholischen Bekenntnisses und der Ausübung der katholischen Religion, in stärksten Widerspruch stehe.

Die Protestnote Roms an die Reichsregierung hat — noch bevor sie in Berlin Herrn Neurath zu Händen kam — ein Kommentar des vatican-offiziösen »Osservatore Romano« in die Öffentlichkeit begleitet. Es handelt sich da um einen ungewöhnlichen diplomatischen Vorgang, der mindestens aufzeigt, wie gering der Hoffnung der Kurie geworden ist, mit dem Dritten Reich überhaupt zu einer Verständigung zu gelangen. Es entspricht der politischen Uebung der Kurie und der Linie ihrer bisherigen Politik, daß dieser halbamtliche Kommentar zur Note trotzdem betont, daß der Vatikan, wenn irgend möglich zu einer Verständigung mit dem nationalsozialistischen Deutschland gelangen möchte. In diesem Kommentar wird ausdrücklich darauf verwiesen, daß schon am 10. September 1933 bei Gelegenheit des Austausches der Ratifikationsurkunden zum Konkordat, die Reichsregierung dem Heiligen Stuhl ihre Bereitschaft erklärt habe, über die ganze noch strittige Materie möglichst bald zu einem Uebereinkommen zu gelangen. Der ausdrückliche Hinweis auf jene Zusage vom 10. September 1933 in der jetzigen Lage der Kirche zeigt auf, daß ihr nicht gerade der Kampf bis zum Aeußersten als wünschenswertes Ziel der

Entwicklung vorschwebt — auch nicht in der jetzigen verschärften Kriegssituation.

Dennoch ist die Note selbst, und die ungewöhnliche und auffällige Art, wie die Kurie von vornherein die allgemeine Aufmerksamkeit auf sie zu lenken versuchte, nur dadurch verständlich, daß auch die Kirche sich zu dem Eingeständnis gezwungen sieht, daß sie die wahre, durch das Dritte Reich geschaffene Lage, ja, eben auch das Wesen des Nationalsozialismus und die moralische Qualifikation seiner Repräsentanten — die man nicht als gleichwertige Partner im internationalen Neben- und Gegeneinander einschätzen kann, ohne bittersten Erfahrungen zu unterliegen — falsch gewertet hat.

Der Kommentar des »Osservatore Romano« beginnt mit der folgenden wichtigen Feststellung des offiziellen Verfassers:

»Seit einiger Zeit mühen die deutschen Katholiken für die Verteidigung ihres Glaubens, der katholischen Moral und ihrer unveräußerlichen Rechte schwere Stunden durchleben. So wurde eine schmerzliche Lage geschaffen, die im Widerspruch steht mit den öffentlichen Versicherungen des Reichskanzlers. Hat er doch bei der Machtergreifung erklärt, er wolle die katholische Kirche respektieren und die bisher abgeschlossenen Konkordate getreu einhalten. In noch offenerem Widerspruch aber steht die Lage mit dem am 20. Juli 1933 abgeschlossenen Konkordat . . . Man dachte erst, daß die verschiedenen, sich immer wieder verschärfenden Uebergriffe . . . von unruhigen, den Befehlen der Regierung wenig gehorsamen Elementen inazentriert würden, vor allem von jener extremen Tendenz, die unter der immer offenkundigeren Führung des Herrn Rosenberg steht und kein Geheimnis daraus macht, daß sie das Christentum in Deutschland durch den Kult der Rasse und ein einheimisches Heidentum ersetzen wolle. Andere glaubten wieder, daß die Regierung daran keinen Anteil habe oder wenigstens tolerant gegen diese Bestrebungen sei, sie aber nicht begünstige und inspiriere. Man konnte sich nämlich nicht vorstellen, daß man bereits nach zwei Jahren die frei und feierlich geschlossenen Bestimmungen des Konkordats verletzen könnte.«

Das ist die moralische Verurteilung des Regimes und seiner Führer.

## Die Kulturkampfgesetze

Die Antwort des Regimes auf diesen ersten diplomatischen Kanonenschuß der katholischen Kirche im deutschen Kulturkampf war, wie es dem gewalttätigen Wesen des Systems entspricht, sofort das Auffahren noch größeren Geschützes. Bereits 24 Stunden nach der Ankündigung der Protestnote erging ein Erlaß Görings an alle unterstellten preussischen Regierungsstellen, an Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten, mit dem Sinne und der ausdrücklichen Dienstanweisung, nun endlich dem »staatsfeindlichen«, renitentem »politischen Katholizismus« mit allen Mitteln der Polizei- und SA-Gewalt den Garaus zu machen. Der preussische Erlaß wurde von allen anderen Ländern übernommen. Was darin der Hauptexekutor des braunen Terrors gegen die Haltung der Kirche und der Katholiken im einzelnen anzuführen hat — die »staatsgefährliche« Tarnung der katholischen Organisationen, die Sabotage der Rassen-gesetze von den katholischen Kirchenkanzeln herab, die Verunglimpfung des »Führers« durch religiöse Varianten zum Hitler-Gruß usw. — interessiert weniger, als die überraschende Beteuerung des Urhebers, daß er freilich keinen Kulturkampf führen wolle und nicht die Kirche als solche, sondern nur den »politischen Katholizismus«. Auch Göring und seine Berater wissen, daß der Begriff des »politischen Katholizismus« kein Eigenleben führt, das man treffen könnte, ohne den ganzen Katholizismus zu treffen. Denn auch das Politische gilt der katholischen Auffassung als ein Teil der göttlichen Weltordnung, zwar sekundären Ranges, aber doch auch so, daß die Kirche es immer als eine Häresie verurteilt hat, wenn aus ihrem Lehrkreis eine solche Trennung der Politik vom Religiösen vertreten und begründet wurde. Der Totalitätsanspruch der katholischen Glaubenswelt ist vollständiger als der des Nationalsozialismus, auf den er im deutschen Kulturkampf als seinen Gegner stößt. Im Konkordat hat der Katholizismus — das

weiß auch Göring — nur der Form nach (beispielsweise die Aufgabe der Zentrums-partei und das Verbot an Geistliche, als politische Kandidaten zu fungieren und Versammlungsredner), nicht aber dem Grundsatz nach nachgegeben. Im Gegenteil, er hat sich im Konkordat gerade andere Formen katholischen Lebens und Wirkens an der Grenzlinie zwischen Politik und Glauben — eben die jetzt von den Nazis benannten — ausdrücklich bestätigt und schützen lassen. Der preussische Ministerpräsident verschleierte also die Sachlage, wenn er beteuert, keinen Kulturkampf führen zu wollen und er ist unehrlich genug zu behaupten, daß er nur auf dem »politischen Katholizismus« einbauen wolle — den doch gerade sein »Führer« im Kirchenvertrag als zu Recht bestehend und als vertraglich geschützt anerkannt hat!

Der Erlaß macht einen interessanten Unterschied zwischen dem höheren und dem niederen Klerus. Er versucht einen Keil in die katholische Bewegung zu treiben, indem er behauptet, daß die kirchlichen Oberen »das geschilderte Treiben« auch verurteilen, daß sie aber anscheinend »gegen gewisse Teile des Klerus machtlos« seien. Der neue Kulturkampf soll als Exekution des Willens der deutschen Bischöfe gegen die katholische Bevölkerung und den niederen Klerus aufgezogen werden!

Der Göringerlaß ist inzwischen ergänzt worden durch eine Anweisung des Reichsjustizministers an sämtliche Generalstabsanwälte und Oberstaatsanwälte, in dem zur Handhabung der Strafjustiz gegen den »politischen Katholizismus« aufgefordert wird. Es wird vor allem auf den berüchtigten »Kanzelparagraphen« aus der Bismarckschen Kulturkampfzeit verwiesen, und die Staatsanwälte werden aufgefordert, Abschreckungsstrafen zu beantragen. Und das alles kein Kulturkampf? Diese Erlasse sind genau die Wiederaufnahme der Bismarckschen Kulturkampfmethoden, und die Praxis ist heute schon terroristischer als die des historischen Kulturkampfes. Aber wie der Vatikan selbst in seiner Protestnote noch von Vereinbarungen redet, so will auch die andere Seite nicht jede Kompromißmöglichkeit mit dem hohen Klerus verschütten.

Aber gerade das ist ja nur der sichtbare Ausdruck dafür, wie unbekannt beiden Gegnern das Maß der Kräfte erscheint, die in diesem Kirchenkampf, geht er weiter und nimmt er noch schärfere Formen an, beide Parteien entfesseln können. Sie brauchen darum den künstlichen Nebel als Kampfmittel. Und sie sind deshalb so zaghaft, opportunistisch im wesentlichen, weil sie wissen, daß am Ende eines Krieges, der wirklich bis ans Messer gehen müßte, der Unterliegende viel verlieren würde, der Nationalsozialismus sogar noch mehr als die Kirche. So beteuert denn auch die Demagogie Görings die Friedensbereitschaft des Systems in demselben Ukas, der die Gendarme und die SS-Terroristen in die Pfarrhäuser und in die Bischofskanzleien einbrechen läßt. Aber der Krieg geht weiter. Der systemfrömmste der deutschen Bischöfe, Gröber in Freiburg, hat einen protestierenden Hirtenbrief verlesen, von allen Kanzeln wurden die Auslassungen des offiziellen Organs vorgetragen. Im Rheinland geht die katholische Bevölkerung zu deutlichen Demonstrationen über. Die Erbitterung ist groß, und sie wächst. Görings Giftpfeile gegen den niederen Klerus lassen erkennen, daß das System die katholische Volksbewegung fürchtet. Aber diese Volksbewegung ist da und lebendig, und sie treibt den Klerus vorwärts, so daß Göring nunmehr mit den Massenverhaftungen direkt in den Kirchen beginnen müßte . . .

## Der Fall Dessauer

Professor Dessauer, der frühere Zentrums-politiker, als Röntgenologe weit bekannt, wirkt jetzt in Stambul. Ein Hoch- und Landesverratsprozeß, den ihm das System im Jahre 1933 angehängt hat, ist schmählich zusammengebrochen. Er ging später mit Erlaubnis der braunen Behörden nach der Türkei, aber jetzt ist sein in Deutschland befindliches Vermögen von 40.000 Mark beschlagnahmt worden. Haß und Willkür verfolgen ihn, weil er Katholik ist.

# Die Fahrt in den Abgrund

## Die schleichende Krise im Untergrund des Systems

Der deutsche Außenhandel zeigt im Juni eine neue Schrumpfung. Die Einfuhr betrug 317,9 Millionen RM. gegenüber 332 Millionen im Mai. Sie ist wertmäßig um etwas mehr als 4 Prozent gesunken; da der Durchschnittswert der Einfuhr gestiegen ist, war der Rückgang mengenmäßig noch etwas stärker. Er betraf vor allem die Einfuhr von Rohstoffen und halbfertigen Waren.

Die Ausfuhr betrug im Juni 318 Millionen RM. gegenüber 337 im Mai, hat also um rund 6 Prozent abgenommen. An dem Rückgang sind mit 14,3 Millionen hauptsächlich die Fertigwaren beteiligt. Der Export ist namentlich nach den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Holland, Schweden, Dänemark und Belgien zurückgegangen, also gegenüber den kaufkräftigsten und wichtigsten Kunden. Dagegen entfällt der Rückgang der Einfuhr in Abweichung von der Entwicklung der letzten Zeit, vornehmlich auf außereuropäische Länder.

Ein- und Ausfuhr halten sich im Juni die Waage, die Handelsbilanz ist also in diesem Monat ausgeglichen. Für das erste Halbjahr 1935 betrug die Einfuhr 2127 Millionen Reichsmark, die Ausfuhr 1962 Millionen; das Defizit der Handelsbilanz beträgt demnach 165 Millionen. Gegenüber dem ersten Halbjahr 1934 ist die Einfuhr um 7,6 Prozent, die Ausfuhr um rund 6 Prozent zurückgegangen.

Diese andauernde Schrumpfung des deutschen Außenhandels, die zu der Entwicklung in den meisten anderen großen Industriestaaten in schärfstem Widerspruch steht, beunruhigt in steigendem Maße die deutschen Wirtschaftskreise. Dies kommt auch in dem soeben veröffentlichten Halbjahresbericht der Reichskreditgesellschaft, der uns bisher nur im Auszug vorliegt, sehr deutlich zum Ausdruck. Die Hebung des Außenhandels wird als Kernproblem der deutschen Wirtschaft bezeichnet, da nur so die Rohstoffversorgung gesichert werden könne. Ein erhöhter Lebensstandard setze nach der ganzen Gestaltung der deutschen Volkswirtschaft den Anschluß an den Welthandel voraus. Eine dauernde Verminderung der Einfuhrmöglichkeiten müsse dagegen zu einem schwerwiegenden Wirtschaftsumbau führen. Der Bericht schildert den katastrophalen Umfang, den der Rückgang des Außenhandels angenommen hat. 1934 wurden nur noch etwa 13 Prozent der industriellen Nettoproduktion ausgeführt gegenüber 22 Prozent im Jahre 1933 und 40 Prozent im Jahre 1931. Und dies, obwohl die Preise der industriellen Fertigwaren von 1932 auf 1934 um 10 bis 15 Prozent zurückgegangen sind und ein rücksichtsloses Dumping mit Hilfe der Sperrmark und Scrips auf Kosten der Gläubiger in Gang gebracht wurde! Die Folge:

gegenwärtig sind etwa 1¼ Millionen Arbeiter und Angestellte weniger für den Export beschäftigt als 1928/29.

Unter Schachts neuem Plan ist seit Herbst 1934 die Einfuhr mengenmäßig noch stärker als die Preise der importierten Rohstoffe gesunken, weil Deutschland bei den Tausch- und Kompensationsgeschäften für die eingeführten Rohstoffe besondere Preiszuschläge gewähren mußte, was nichts anderes bedeutet, als daß die deutschen Fabrikanten die Rohstoffe teurer bezahlen müssen als ihre ausländischen Konkurrenten und dadurch für den Export erst recht wieder ins Hintertreffen geraten. Im ersten Quartal 1935, so fährt der Bericht fort, sind im Vergleich zum Vorjahr die Spannungen im Außenhandel nur bei Deutschland und Italien gestiegen, bei Deutschland aber weitaus am stärksten. Deutschlands Anteil an der Weltausfuhr ist von 12,4 Prozent im Jahre 1931 auf 9,0 Prozent im Jahre 1934 geschrumpft. Der Rückgangsanteil der Ausfuhr ist ungünstiger als in allen übrigen Welthandelsländern. Der Anteil an der Weltausfuhr ist dagegen auf 8,9 (7,8) Prozent gestiegen.

Aussichten auf Besserung sind nicht zu erkennen. Denn im April 1935 waren sogar nach dem unzuverlässigen amtlichen Preisindex die deutschen Großhandelspreise um 11,1 Prozent höher als vor zwei Jahren, wogegen in allen anderen Ländern, mit Ausnahme von Holland und Italien, die Preise in Gold gerechnet, stark gesunken sind, in Belgien

bis zu 23,7 Prozent, in Großbritannien bis 8,5 Prozent.

Bei einem Vergleich der internationalen Großhandelsindizes auf Goldbasis ist Deutschland mit 100,8 (1913 = 100) weitaus das teuerste Land, während an zweiter Stelle die Schweiz mit 88,0 kommt. Japan hat seinen Goldindex sogar auf 46,5 gesenkt. Etwas günstiger liegt es bei dem Lebenshaltungsindex. Er beträgt für Deutschland 122,3 und wird nur von demjenigen der Niederlande mit 136,7 und der Schweiz mit 127,0 übertroffen, wobei allerdings all diese Indexvergleiche nur mit Vorbehalten angenommen werden können.

Die Spannung zwischen der Entwicklung des Außenhandels und der der Inlandsproduktion ist aber nicht die einzige, die der Bericht der Reichskreditgesellschaft hervorhebt. Er weist vielmehr mit großem Nachdruck auf die von uns wiederholt betonte Diskrepanz zwischen der Entwicklung der Produktionsmittelherstellung und der Verbrauchsgüter hin. Im Februar 1935 hat der Index der Produktionsgüterherstellung erstmalig mit 86,1 (im Vorjahr 89,6) den Index der Verbrauchsgüterherstellung von 85,7 (88,0) überschritten (1928 = 100). Diese gegensätzliche Entwicklung hat sich seither fortgesetzt, indem der Produktionsgüterindex bis April auf 98,8 gestiegen, dagegen der Verbrauchsgüterindex auf 84,2 gesunken ist. Die Steigerung der deutschen Produktionsmittelherstellung über 130 Prozent in den letzten zwei Jahren ist aber fast ausschließlich auf öffentliche Aufträge zurückzuführen. Für ihre Weiterführung sollen noch etwa anderthalb Milliarden RM. (Autobahnen, Notstandsarbeiten, laufende Etataufträge) zur Verfügung stehen. Hier wird der Bericht wertlos, denn über die entscheidende Höhe der Rüstungsausgaben und über Höhe der bis jetzt wirklich gegebenen Wechsel dürfen ja keine Angaben gemacht werden. Der Bericht muß sich mit dem schüchternen Hinweis darauf begnügen, daß dem weiteren Einsatz öffentlicher Zwischenkredite, wie er die Wechselreiterei des Reiches schamhaft nennt, eine Grenze gesetzt ist.

Weniger zurückhaltend und gleichfalls in völliger Übereinstimmung mit der Kritik, die an dieser Stelle geübt worden ist, urteilt der »Economist« vom 13. Juli über die deutsche Wirtschaftslage:

»Die ökonomischen Bedingungen haben sich in letzter Zeit verbessert. Die wirtschaftliche Belebung, die unter der Papen-Regierung 1932 eingesetzt hat, dauert zwar noch an, wird aber heute nur durch die Aufrüstung in Gang gehalten. Die unmittelbare Wirkung besteht darin, die Beschäftigung in einer kleinen Anzahl wichtiger Industrien zu vermehren. Aber diese Zunahme scheint auf Kosten anderer Industrien zu gehen. Die Berichte aus den Konsummittelindustrien laufen ungünstig und die frühere rasche Zunahme der Einzelhandelsumsätze ist zum völligen Stillstand gekommen. Es scheint, daß die Summe des Nationaleinkommens, die für private Ausgaben zur Verfügung steht, stark abgenommen hat. Für das erste Quartal 1935 wird eine Abnahme des Arbeitseinkommens auch offiziell zugestanden, aber zum Teil mit Recht Saisoneinflüssen zugeschrieben. Die Angaben über das Arbeitseinkommen zeigen im übrigen, was der Unternehmer zahlt, nicht aber was der Arbeiter und Angestellten nach den zahllosen Zwangsabgaben für staatliche und Parteizwecke übrig bleibt. Zugleich mit der Abnahme der Nominallöhne ist ein starker Anstieg der Lebenshaltungskosten erfolgt, so daß der Reallohn viel stärker abgenommen hat als der Nominallohn. Der offizielle Lebenshaltungsindex, der vom Januar bis Juni nur eine Steigerung von 122,4 auf 123,0 anzeigt, ist völlig irreführend. Es ist natürlich nicht möglich, sich den richtigen Index zu verschaffen; aber es ist gewiß, daß die Lebenshaltungskosten für einen mittleren Haushalt in diesem Jahre um 10 Prozent und seit dem Beginn der Naziregierung um 20 Prozent gestiegen sind, trotz gleichbleibender Mieten. Die Preise für Fleisch aber auch für andere Lebensbedürfnisse zweiter Ordnung haben jüngst wieder stark angezogen. Ohne Zweifel sind die Handarbeiter sehr schwer getroffen, und in

Privatgesprächen geben sie ihrem Zorn über die Zwangsabzüge, über den persönlichen Luxus vieler Naziführer und über das völlige Fehlen jeder Rechnungsablegung seitens öffentlicher oder halböffentlicher Stellen Ausdruck.

Infolge der Verheimlichung der Finanzierungsmethoden für Aufrüstung und »Arbeitsbeschaffung«, was beides dasselbe bedeutet, läßt sich der Anteil der Finanzpolitik an der Abnahme des individuellen Wohlstands schwer abschätzen. Es gibt keine offene Währungsinfektion. Die ausgedehnte, halb geheime Kreditinflation der letzten zwei Jahre ist nicht von einer solchen Vermehrung der Geldmenge begleitet gewesen, als daß sie die Steigerung der Lebenshaltungskosten erklären könnte. Es braucht natürlich keine Währungsinfektion zu entstehen, so lange als die Besitzer der Wechsel gezwungen sind, an diesem Besitz festzuhalten, infolge der künstlich herbeigeführten Erschwerung, solide Anlagen zu erwerben. Aber es scheint, daß die Banknoten und Münzen, deren Summe gegenwärtig 5800 Millionen gegen 5600 im Vorjahr beträgt, eine viel größere Umlaufgeschwindigkeit aufweisen. Auch die Reichskreditgesellschaft nimmt eine wesentliche Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit an.

## Lockerung der Kartellfesseln?

Die Exportförderungsumlage ist den Unternehmern sehr gegen ihren Willen aufgezogen worden. Damit es ihnen leichter gemacht werde, die auferlegte Bürde zu tragen, wird ihnen gleichzeitig eine Entlastung zuteil. Das geschieht durch das Gesetz vom 28. Juni 1935 über Erhebung von Umlagen in der gewerblichen Wirtschaft. Ueber den Sinn dieser Ermächtigung an die unter Schachts Kommando stehende Reichswirtschaftskammer belehrt uns der Herr Schacht nahestehende »Deutsche Volkswirt«. Er rühmt sich, bereits Mitte Mai zuerst, »gestützt auf exaktes Material die Herabsetzung der vielfach zu hohen Beiträge in der gewerblichen Wirtschaft verlangt« zu haben. Es handelt sich also darum, daß der ziemlich hohe Tribut, den das Unternehmertum zur Erhaltung des noch unvollendeten Riesengerüstes von Schachts »organischem Aufbau der gewerblichen Wirtschaft« zu entrichten hat, herabgesetzt werden soll. Das bezieht sich aber nicht nur auf diese Zwangsorganisation, sondern auch auf die privaten Kartellverbände. Zum ersten Male wird die Ermächtigung allerdings auf einen Geschäftszweig angewendet, der bestimmt nichts mit der Ausfuhr zu tun hat, auf den Einzelhandel.

Der bisher in Aussicht genommene und vielfach bereits bezahlte Beitragssatz betrug 0,75 je tausend vom Jahresumsatz. Er wird jetzt je nach der Größe des Umsatzes auf 0,3 bis 0,45, also auf ungefähr die Hälfte gesenkt. Gleichzeitig mit dem Erlaß des Reichsgesetzes hat das Wirtschaftsministerium den Kartellverbänden des Einzelhandels sparsamste Finanzgebahrung ans Herz gelegt und sich deren Prüfling im einzelnen vorbehalten. Nach den Informationen des »Deutschen Volkswirts« bestehen auch für andere Gruppen konkrete Pläne und Absichten auf Beitragssenkungen.

Man muß sich fragen: wenn die Beiträge nicht da und dort, sondern im allgemeinen zu hoch sind, und zwar um nicht weniger als 100 Prozent, warum werden sie nicht allgemein abgebaut, warum beschränkt man sich zunächst auf den Einzelhandel, der Kartellpreise nicht nur empfängt, sondern vor allem selbst bezahlen muß? Warum wird das schwächste, weil letzte Glied in der Kette des Handels, zuerst angepackt? Vor die Entscheidung gestellt, entweder die Aufrüstung oder die Teuerung abzubauen, wählt Herr Schacht das Letzte. Der Einzelhandel soll die Kosten dafür tragen, daß der Lohnabbau, mit dem die Industrie für das »Opfer« der Exportförderung schadlos gehalten werden soll, nicht durch Teuerung des Massenverbrauchs gestört wird. Daß die Teuerung der Lebensmittel nicht vom Einzelhandel kommt, sondern von der gigantischen Ueberorganisation des Reichsnährstandes verursacht wird, ist selbstverständlich auch Schacht bekannt. Der »Deutsche Volkswirt« schreibt:

»Schließlich beschränkt sich das Beitragsproblem unter den großen Gesichtspunkten, unter denen wir es hier angeschnitten haben, nicht auf die gewerbliche Wirtschaft.«

Die andauernde Haussebewegung der Aktien ohne Rücksicht auf die sehr niedrigen oder überhaupt nicht vorhandenen Dividenden, deutet ebenfalls auf eine zunehmende innere Entwertung der Reichsmark hin. Diese Entwertung mag in einem gewissen Zusammenhang mit der neuen Verschlechterung der Lage der arbeitenden Klassen stehen; aber die letzte Ursache ist die Beschlagnahme eines dauernd wachsenden Anteils des Einkommens aus produktiver Arbeit für Rüstungszwecke und Kapitalgüter durch die Regierung. In dieser Hinsicht liegen die Verhältnisse ganz ähnlich wie in Rußland.

Wir haben diese Kritik deswegen so ausführlich zitiert, weil sie das Künstliche und Verkrampfte der deutschen Wirtschaftsentwicklung und zugleich die Gefahren eines künftigen Zusammenbruchs so deutlich aufzeigt. Aber der nationalsozialistischen Diktatur kann diese Erkenntnis nichts nützen. Ihre Finanzierungsmethoden sind die einzigen, die ihr erlauben, das Tempo der Aufrüstung beizubehalten. Es zu verlangsamen oder einzustellen, bedeutete im Inneren das Ende der Staatskonjunktur und Massenarbeitslosigkeit, nach außen die Beugung unter den Friedenswillen ihrer Gegner. Deshalb wird die Fahrt dem Abgrund zu weitergehen, so lange nicht stärkere Mächte den nationalsozialistischen Lenkern in die Zügel fallen.

Dr. Richard Kern.

Damit ist Herr Darré gemeint, vorläufig ist er aber noch eine Macht, die man wohl meinen, aber nicht nennen, schon gar nicht benennen darf. Gerade deshalb soll der Einzelhandel gezwungen werden, die Kosten von Darrés mit Nazistekuren reichsversehene Zwangswirtschaftsapparat tragen zu helfen.

Der Abbau der Beiträge muß die Einschränkung des Tätigkeitsbereichs der Einzelhandelsverbände nach sich ziehen. Er soll also als indirekter Zwang zur Lockerung der kartellmäßigen Bindungen wirken. Der Einzelhandel soll vom verbandsmäßigen Zusammenschluß ab- und auf den Weg verschärften Konkurrenzkampfes hingedrängt werden. Deshalb hat man gleichzeitig mit der Regelung ihrer Kosten eine strenge Abgrenzung der Funktionen der staatlichen Zwangsorganisationen vorgenommen. Nach dem bestehenden Gesetz ist den Gruppen des gewerblichen Aufbaues nur die Befassung mit wirtschaftspolitischen Fragen erlaubt, aber Markt- und Preisregulierungen untersagt. Damit soll verhütet werden, daß die Fachorganisationen sich die Funktion von Kartellen zulegen, deren Preisbindungen alle Mitglieder der Branche zwangsläufig unterworfen wären, weil jedes Mitglied der Branche kraft Gesetzes Mitglied seiner Fachorganisation sein muß. Jetzt wird diese Bestimmung noch verschärft und verordnet, daß die Verbände des Handels, die bisher überwiegend eine markt- und preisregelnde Tätigkeit ausübten, nicht in ihre Fachgruppe überführt werden, sich der wirtschaftspolitischen Betätigung zu enthalten und auf die Marktregelung zu beschränken haben. Damit wird verhindert, daß die Kartelle ihres privaten auf Freiwilligkeit beruhenden Charakters beraubt werden. Dem Einzelhandel bleibt, wenn er den Konkurrenzkampf unterbinden will, nur noch der Weg der privaten Vereinbarung. Es ist bis Hitler so gut wie unmöglich gewesen, gerade die Unternehmungen des Einzelhandels unter einen Kartellhut zu bringen. Möglich geworden ist das erst unter dem politischen Druck der kleineren und mittleren Händler, die in den ersten Wochen des Dritten Reiches das Heft der Wirtschaftspolitik zeitweilig in der Hand hatten. Wenn jetzt der behördliche Druck ins Gegenteil umschlägt und der Einzelhandel in bezug auf die Marktregelung seinem Schicksal überlassen werden soll, so bedeutet das, daß die kartellmäßigen Bindungen liquidiert werden, die ohne politischen Druck nicht zustande gekommen sein würden. Die Errungenschaften, die die »nationale Revolution« dem mittelständischen Handel gebracht hat, werden also abgebaut.

Schon daß man beim Einzelhandel einsetzt, zeigt, daß der Preisabbau, den Herr Schacht vorhat und der das Umschlagen der öffentlichen Schuldenwirtschaft in die offene Inflation verhindern soll, von den Kleinen bezahlt werden und zur Stärkung des großindustriellen Monopolkapitals führen soll, von dessen gutem Willen es schließlich abhängt, wie aufgerüstet wird und in welchem Tempo.

G. A. Frey.

# Die Angstbasis des Systems

Die Schuldigen auf dem Fluchtwege vor dem Chaos

»Ich bin einmal so tief in Blut gestiegen, Daß, wollt ich nun im Waten stille stehn, Rückkehr so schwierig wär, als durchzugehen. Und muß getan sein, eh noch recht erkannt.«  
Macbeth.

Es gibt neuerdings Bilder von Hitler, die stark von dem bisherigen Postkartenidol verschwämter Nazinnen abweichen. Das Gesicht erscheint abgemagert, die Linien schärfer, über allem liegt ein nahezu trostloser Ausdruck — mit unendlichen Deutungsmöglichkeiten für jeden, der sich etwas auf menschliche Physiognomie versteht. Seine Freunde und Lobredner sagen, daß sich hier die unermüdete Sorge um das Schicksal des deutschen Volkes widerspiegeln, dem der Führer seine Arbeit und sein Leben gewidmet habe; er leide auf tiefste mit seinem Lande. Wir sind weniger davon überzeugt. Wir erinnern uns, einen solchen Gesichtsausdruck bei Menschen gesehen zu haben, die die Charakterstruktur einer anhaltenden persönlichen Angst durch gequälte gefaßte Haltung zu überkompensieren versuchten. Hinter dieser Fassade steht die Anklage von zweieinhalb Jahren, die Bangigkeit des Schuldigen und des Schwachen. In sie sind die Erinnerungen an die Kameradenmorde eingezeichnet, denen in harter Konsequenz der Dinge wohl eines Tages neue zu folgen haben. Hier hat ein Unzulänglicher willensmäßig Kräfte mit untragbaren Verantwortungen aus sich herausgepreßt. Ein Gefürchteter, der von Furcht gepeinigt ist, im tiefsten freudlos und glaubenslos mit »arteigener Weltanschauung«, die den Raub an Leben, Freiheit und Menschentum, vollzogen an Millionen, im Rhythmus der Stiefel adelt.

Die Depressionen des Führers entsprechen der Charakterkrise, von der ein großer Teil des deutschen Volkes erfaßt worden ist. Die Sozialpsychologen hatten solche Massenkrisen bisher überwiegend unter sozialen Aspekten gesehen. Die Menschen im Strudel der gesellschaftlichen Unsicherheit, im Kampf um den Arbeitsplatz und um den Anteil an der materiellen und kulturellen Existenz: das gab unaufhörlich individuelle und gesellschaftliche Tiefenwirkungen. Sie enthielten ein großes Stück der Problematik der Arbeiterbewegung, die zwischen Massenbegriff und der Vielfalt seelischer Reaktionen der einzelnen nicht immer zu ganz sicheren Erkenntnissen kam.

Aber die Charakterkrise in Hitler-Deutschland geht weit über diese Bezirke hinaus. Sie beruht auf der Tatsache, daß das Regime, je mehr es seine politische Massenbasis gefährdet sieht, sich immer deutlicher auf die psychologische Angstbasis flüchtet. Sie war das entscheidende Hilfsmittel der braunen Machtergreifung, denn sie hielt sich an das Primitivste im Menschen, an die Sorge um Brot und Amt. Sie vernichtete die Würde der Gesinnung durch den Hinweis auf den Kerker. Sie machte die Menschen wieder niedrig in Furcht vor einer Gefahr mit unübersehbaren Folgen, in deren Schatten sich die höheren Werte wenigstens für eine Weile gewalttätig unterdrücken lassen.

Es gibt eine Stufenleiter des Furchtkomplexes, die für jeden deutlich erkennbar ist. Sie beginnt unten am Fuße der sozialen Pyramide des Dritten Reiches. Unter Ausschaltung jeder Selbstverantwortlichkeit wird Subordination von der Gefolgschaft in den Betrieben und vom SA-Mann verlangt. Das System der Bedrohung, beginnend beim Betriebsappell bis zum kommandierten Antreten bei Kundgebungen, stützt sich ohne Verhüllung auf die Angst vor den Folgen des Nichterscheinens. Diese Angst ist das natürliche Machtmittel der Zwangsorganisation, da sie ihren Zusammenhalt nur durch den Appell an persönliche Nachteile im Falle der Weigerung erzielt. Die offene militärische Disziplinierung der braunen und schwarzen Formationen wird mit denselben Motiven erreicht. An den Schulen, an den Universitäten, an den Gerichten bis zur Verwaltungsbürokratie aller Grade ver-

schaft sich das gleiche System durch ein durchgebildetes Netz von Bespitzelung seine Rückversicherung. Jeder hat Angst vor dem werten Kollegen. Auch wenn er hin und wieder eine gewisse geistige Unabhängigkeit zur Schau trägt, so ist er doch als Funktionär des »totalen« Staates undurchschaubar. An den Universitäten wie an den Schulen wird das Verhältnis zwischen Lehrern und Lernenden durch den vorgeschriebenen Mangel an Wahrhaftigkeit des Lehrstoffes und der geistigen Erkenntnis verfälscht. Jedes Wort außerhalb der vorgeschriebenen Gesinnung droht mit Amtsenthebung und Konzentrationslager. Wäre diese Angst nicht mit soviel Feigheit

der Gerichtshof zur Beratung zurück. Einer wagt, seine menschliche Hochachtung vor der Gesinnung und dem Verhalten der Angeklagten zu bekunden, mit leichter Auflehnung gegen den zwingenden Charakter der Gesetze über die »Verbrechen wider Volk und Staat.« Ein zweiter stimmt mit ein, auch der dritte, aber gleich versickert das Gespräch, weil der vierte Kollege X. ebenso stumm und verschlossen bleibt wie der Vorsitzende. Eine stockende Angstpause schwebt beklemmend über den Richtertisch. Fünf Minuten später wird ein hartes Zuchthausurteil verkündet, ohne daß die Begründung auch nur ein Wort des Verständnisses und der

wahre Gesinnung der Beherrschten besitzen. Umso stärker fordern sie Autorität. Sie sehen sich gezwungen, ihre Position aus Furcht um die Erhaltung dieser Autorität mit allen Mitteln zu verteidigen. Sie stellen Kritik unter Strafe und bestimmen durch Dekret, daß sie immer und überall recht haben. Aus der Autorität wird die Diktatur. Nicht von ungefähr wird die Uniform Mittel und Selbstzweck zugleich. Sie ist ein Teil der braunen Ueberkompensierung, dazu bestimmt, den Angstkomplex in der eigenen Brust durch prallen Sitz und bunte Auszeichnung vor den Nebenmännern zu verdrängen und zugleich in den Besiegten Furcht zu erzeugen.

Damit sind wir schon im Bereich der Individualpsychologie. Künftigen Forschern mag es vorbehalten bleiben, die Reden Hitlers, Görings, Göbbels und der Führer zweiten Grades, die den 30. Juni 1934 überlebten, nach den erfolgreichen Methoden ihrer Wissenschaft zu erforschen. Schon der Laie kann manchmal erkennen, welche kühne Geste, welches heftige Drohwort von jenem würgenden Gefühl diktiert wurde, das durch lauten Appell an den eigenen Mut so gerne beschwichtigt werden will. Es ist kein produktiver Mut, sondern die Draperie der Schwäche. Berauscht für die Stunde mit angstvoll schwelender Unterdrückung der Gedanken an die kommende große Verantwortung und Abrechnung. Selbst die raffinierten Werbemittel des Dritten Reiches reichen nicht mehr aus, das Unterbewußtsein der braunen Despoten verstummen zu machen. Sie herrschen durch die Angst, weil sie selber unerträglich von ihnen Besitz ergriffen hat. Sie stacheln die Judenhetze an, um sich einen Fluchtweg zu bahnen. Sie steigern den Kampf gegen den Katholizismus, um den Massen »Schuldigen« zu präsentieren. Das letzte innerliche Verbindungsglied zur Masse wird — die Furcht vor dem Chaos.

Welch ein Zeugnis für den Todfeind der braunen Diktatur, die Idee der politischen Freiheit! Es kann unter ihr Zeiten geben und es hat solche gegeben, wo die Bewegungsfreiheit der Wahrheit und der Gesinnung Hemmungen durchkämpfen mußte. Aber jene Solidarität von Macht und Angst ist unter ihr unmöglich, denn sie will die Menschen nicht beherrschen, sondern mitbeteiligen. Diejenigen, die unter den Enttäuschungen der vergangenen Jahre und der Krise der parlamentarischen Demokratie die Auffassung vertreten, daß das Bekenntnis zur politischen Freiheit nur noch im Reiche der Träume und Gesänge lebe, sind in einem schweren Irrtum befangen. Im Bunde mit der sozialen Neuordnung und der kulturellen Höherführung der Gesellschaft ist sie die geschichtsbildende Kraft der Zukunft. Sie wird in revolutionären Entscheidungen den Glauben und den Willen kämpferischer Menschen für sich gewinnen.

Andreas Howald.

## Petterson und Bendel



und Selbstentwürdigung gepaart: man könnte Mitgefühl haben mit menschlich tragischen Erscheinungen, deren materielles und geistiges Dasein auf dem Bekenntnis zur Lüge basiert. Nicht nur das! Sie müssen im Zwange der gleichen Angst die Lüge noch mit einer Theorie begründen, obwohl sie deren Unproduktivität und Brüchigkeit bis auf den Grund durchschauen.

Eine kleine Episode aus einer westdeutschen Großstadt, für die wir uns verbürgen dürfen. Vor einem Gerichtshof, der zum größten Teil aus älteren katholischen Richtern besteht, mit langjähriger Praxis aus der Zeit von Weimar und vorher, groß geworden in tolerierender weltanschaulicher Haltung und in Achtung der Rechte des Angeklagten, stehen einige junge illegale Kämpfer. Nach einer heftigen Anklagerede des Staatsanwalts, der seinerseits ebenfalls einer alten katholischen Richterfamilie entstammt, zieht sich

Achtung für die tapferen Angeklagten erkennen läßt.

In unzähligen Amtsstuben, Schulkollegen und Universitätssenen wiederholt sich ähnliches. Manchmal bohrender Haß gegen diejenigen, die Bekenntnisse gegen das eigene Wissen und Gewissen erzwingen, viel häufiger einfaches Sichttreiben lassen auf den Wellen der über die Karriere entscheidenden Macht, vor allem aber Angst um sich selbst und vor dem Kollegen: das ist das Antlitz des Dritten Reiches.

Aber es gibt auf dieser Bahn einen Akt der ausgleichenden Gerechtigkeit. Vom Angstkomplex sind nicht nur die Beherrschten, sondern auch die Herrschenden betroffen. Sie fürchten nicht nur den Ranghöheren und Mächtigeren, sondern zugleich auch die unwägbar und undurchschaubaren Kräfte des unterworfenen Volkes — weil die Herrschenden keinen Gradmesser für die

## Kinder als Reklamepuppen

Sieben Wochen auf der Landstraße — wozu? Man hat seit langem den Eindruck, daß die nationalsozialistischen sogenannten Jugendführer sowohl Elternhäuser, sowohl Lehrstühle wie höhere Lehranstalt als unangenehme Ueberbleibsel verwerflicher liberalistischer Zeiten empfinden. Am liebsten möchten sie den Sechzehnjährigen die Knarre in die Hand drücken und sie gegen irgendeinen Feind, gleich gegen welchen, marschieren lassen oder sie, wenn das schon nicht möglich ist, wenigstens in ein nie endendes Landknechts- und Lagerleben überführen. Soeben bietet sich wieder Gelegenheit, dieses Streben unter Beweis zu stellen, und sie greifen mit beiden Händen zu, die »Jugendführer«. Diesmal muß der Parteitag in Nürnberg als Vorwand dienen, um hunderte von jungen Menschen viele Wochen lang ihrer Arbeit zu entreißen und sie zu Reklamezwecken auf

den Landstraßen umherzuzerren. Die deutschen Zeitungen melden:

»Zum Reichsparteitag veranstaltet in diesem Jahr die Hitlerjugend einen großen Bekenntnis- und Propagandamarsch durch ganz Deutschland, der die Einheit der gesamten deutschen Jugend und den Leistungswillen der jungen Generation ausdrucksvoll bezeugen soll: den Adolf-Hitler-Marsch. Aus allen Gebieten der HJ marschieren Marscheinheiten mit sämtlichen Bannfahnen auf vorgeschriebener Marschstrecke nach Nürnberg.«

Die Marscheinheiten, so wird weiter mitgeteilt, bestehen aus 50 bis 100 Hitlerjungen. Im ganzen werden etwa 1500 Kinder unterwegs sein.

»Die Fahnenabordnungen der Gebiete marschieren in voller Ausrüstung. Die Jungen tragen den großen Sommerdienstanzug mit Tornister, Decke, Zeltbahn, Mantel und Brotbeutel. Jede Einheit führt einen Bagagewagen mit, in dem außer dem Dauerproviant für die anhängende Feldküche eine Tragbahre untergebracht ist. Die Einheit hat außerdem ein Motorrad mit Beiwagen zur Verfügung. Falls keine festen Nachlager bezogen werden, baut die Einheit Zeltlager auf.«

Wie lange dauert ein solcher Marsch? Das hängt natürlich von der Entfernung bis Nürnberg ab. Tatsache ist jedenfalls, daß »Gebiet Ostlande, wie die Preußische Zeitung bekannt gibt, seine Fahnenabordnung bereits am 20. Juli in Königsberg zum Abmarsch versammelt hat. Der Parteitag beginnt am 10. September. Die Burschen werden also gute sieben Wochen unterwegs sein. Rechnet man die Dauer des Parteitages und die Rückfahrt hinzu, so kommen rund neun Wochen zusammen.

Und wozu dienen diese neun Wochen? Erholung? Gepäckmärsche sind für Erholungsbedürftige nicht gerade das Geeignete. Stählung des Willens? Der Wille wird beim Anhalten an der Arbeitsstätte besser gestählt als auf der Landstraße — und gerade diese Art der Willensstählung, die im fortwährenden Arbeiten liegt, machen die braunen Jugendführer durch ihr gewissenloses Ablenkungsverfahren immer wieder unmöglich. Körperliche Abhärtung? Für die wird während des ganzen Jahres wahrlich genug getan. Nein, man hat bei der Anordnung des Siebenwochenrennens überhaupt nicht an die Kinder gedacht, man nannte ja das ganze auch nicht »Jugend-«, sondern ehrlicher Weise »Propagandamarsch«. Die Halbwüchsigen dienen einfach als Reklamepuppen, als Figurinen im braunen Spektakel. Die Filmoperatoren brauchen neue Sujets, die Redner neue Stichworte, die Schreiber neue Themen, die braunen Menageriebesitzer neue Schauobjekte — da tum werden 1½ tausend Kinder wie eine Hammelherde durchs Land getrieben. Heute nach Nürnberg, morgen vielleicht mit derselben Kaltblütigkeit in den sogenannten Heidentot.

## Bauern, Bonzen und — Doktoren

Mit dem sogenannten Vollstreckungsschutz, mit dem bereits in den ersten Notverordnungen Brünnings leichtfertig genug gespielt wurde, begann das Dritte Reich seine

## Nachtdienst der Gestapo

(Geschrieben in einem deutschen Untersuchungsgefängnis, Juni 1935.)

Nachts, wenn die Gefangenen in den schmalen Zellen zuckend träumen von daheim, vom Gür, leuchten schmerzhaft Blendlaternenstrahlen und sie holen welche zum »Verhöre«. Aus dem kurzen, schweren Traum gerissen, stehen die Opfer, kalkweiß und erschreckt. Fressen grinsen, wild und schlagfertig. Und ein Stiefeltritt die Letzten weckt. Abmarschier! Der Große mit der Tolle schwingt die Hüfte wie ein gelbes Weib. (Der diktiert im Bunker Protokolle und schlägt gerne in den Unterleib.) Das Verhör beginnt im Plauderton. Bis der erste, schwere Faustschlag sitzt. Aus Kantinen kreischen Grammophone, die Tapeten sind mit Blut bespritzt. Kriecht der Morgen durch die trüben Scheiben, hört das Wrack, dem das Bewußtsein schwaund, in der Lache liegend: »Unterschriften! Und dann kritzelt die verschollene Hand. — Mittags, wenn die Herren warm gebadet, gehn sie hummeln. Schmuck und frisch gestärkt. Ihrer Seele hat es nicht geschadet. Zur Beförderung sind sie vorgemerkt.

## Arnolt Bronnen wackelt

Der Reichsjugend-Pressedienst, eine parteiamtliche Korrespondenz, veröffentlicht unter der Überschrift »Eine notwendige Erinnerung« einige Tatsachen aus dem Vorleben des Reichsfernsehndramaturgen Arnolt Bron-

nen. Um sich vor einer Rüge von oben zu schützen, zitiert der Redakteur eine Nummer des »Völkischen Beobachters« aus dem Jahre 1929 und enthält sich eigener Zusätze. In der fraglichen Nummer hieß es:

»Bronnen, der als Mischjude weder zu den Deutschen gehört noch zu den Juden, bestimmt weder der Geist der Assimilationszeit, noch führt ihm sein Bewußtsein zum Judentum zurück, um hier einen festen Grund für sein Denken und Fühlen zu gewinnen, die den triebhaften Menschen unter übergeordnete Notwendigkeiten zwingt: er ist einer, der keine Wurzeln in einem Volkstum hat und auch nach keiner Verwurzelung strebt, sondern völlig im Triebhaften aufgeht.«

»Bronnen steht, was die schrifttümliche Form betrifft, in der vordersten Reihe der expressionistischen Umstürzler, auch hier den Radikalismus um jeden Preis, den Radikalismus, der sich blühdings auswirkt, um die größten äußeren Erfolge zu erzwingen — eines der Erbtücke seines jüdischen Blutes — in Form und Inhalt bestätigend.«

»In Bronnen wird das Triebhafte in seiner reinsten Form lebendig. Alles Geistige und höhere Gefühlsmäßige fehlt, das engere Persönliche ist damit ausgelöscht. Aber nicht einmal Sinnenfreude kann man seinen Geschöpfen zusprechen, sondern höchstens Brunst. Die Kühnheit dieses expressionistischen Umstürzlers, das Revolutionäre dieses Geistes liegt vor allem darin, daß er die geschlechtlichen-brünnigen Empfindungen und Vorgänge in rastloser Deutlichkeit, ja Ueberdeutlichkeit ausspricht bzw. ausmalt oder darstellt.«

Von Bronnens Buch »Die Excesse« heißt es: »Wer mit solchem Behagen im Schmutze untertauchen kann, ist für geistig Höheres innerlich nicht befähigt.«

Ist so überall das Triebhafte in seiner Gier das in Bronnens früheren Schriften Treibende, so meint der »Völkische Beobachter«, steht in der »September-Novelle«

dem Hinweis auf den Vollstreckungsschutz abgelehnt wurde. Der Reichsführer hat andererseits von sich aus die Ärzteschaft verpflichtet, bei der Bemessung der Honorare auf die Notlage der Bauern Rücksicht zu nehmen. Es ist mit der Standesehre eines Bauern nicht zu vereinbaren, die Bezahlung einer Arztrechnung zu verweigern. Schließlich bemüht sich die Ärzteschaft um das höchste Gut des Menschen, um seine Gesundheit. Ich darf der Erwartung Ausdruck geben, daß alle Kreis- und Ortsbauernführer darauf hinwirken, daß dem berechtigten Wunsch der Ärzteschaft seitens der Bauern und Landwirte Rechnung getragen wird.«

Ob es für jene ominösen »einige Fälle«, wenn es wirklich nur einige wären, eines solchen wahrhaft pathetischen Ukases bedurft hätte? Uns dünkt — und alle Nachrichten aus Deutschland sprechen dafür —, daß eben das platte Land nunmehr denkt, daß es unter den Nazis fein heraus ist mit seinen Vorzugsgerechtigten! Und das nicht nur dem vergeblich auf sein Honorar war-

tenden Doktor gegenüber. Denn da wäre doch auch etwa der Dachdecker, der das Scheunendach seines bäuerlichen Kunden mit Material, das er ausgelegt hat, versehen, der Pumpenmacher, der ihm die Pumpe repariert hat, vielleicht sogar auch der Dorfbarbier oder der Wirt des Dorfkruges mit ähnlichen genau so berechtigten Ansprüchen, wie der Herr Sanitätsrat ihn hat. Freilich alle diese »einfachen« Leute haben nicht gerade einen einflußreichen »Reichsführer« als Eintreiber unbezahlter Rechnungen hinter sich... Der Vollstreckungsschutz nimmt ihnen genau so viel, als er dem schlaun Bauern, der den Geist der Zeit im allgemeinen und den des Dritten Reiches im besonderen richtig kapiert, gibt... Es bleibt als Endeffekt, daß auf die Dauer das ganze ländliche Kreditwesen in einer Weise geschädigt wird, daß gerade die Bauern einmal nach dem schleunigen Abbau dieser Herrlichkeiten schreiben werden. Die verständigen Bauern tun es übrigens heute schon.

## »Verbiedermeiertes Theater«

Zitternde Theaterdirektoren — Wachsendes Risiko — Zug zur »windgeschützten« Ecke.

Das deutsche Theaterland breitet sich von Tag zu Tag weiter aus und verschlimmert

# Die Militarisierung Gottes

## Christus ist zu international

Gottes höhere Weisung hin verloren zu haben. Für den geschichtemachenden Menschen, so klagt Ludendorff, bleibt da kein Raum mehr.

Daß die Soldaten der sich bekämpfenden Staaten im Weltkrieg fast alle den gleichen Gott anriefen, war eine schwere psychologische Belastung, was daraus am Ende werden kann, hat der Gran-Chaco-Krieg offenbart. Die Soldaten beider Fronten hatten dort mitten im Kampfe ihren Posten verlassen, um gemeinsam an einer kirchlichen Feier teilzunehmen. Der Wotanist Ludendorff hat dies zum Anlaß genommen, um auf den Volksverrat der Kirche hinzuweisen und seinen artigen Götterglauben zu propagieren. Er schrieb in seiner Zeitschrift u. a.:

»Mit diesem kleinen Ereignis war blitzartig beleuchtet, wie gefährlich das Christentum mit seinen Lehren bei einem Kampf unter Gläubigen gleicher christlicher Konfessionen den heiligen Pflichten der Volkserhaltung sein kann. Die offrene Berichterstattung der christlichen Presse über diese katholische Frömmigkeit der Soldaten aber hatte aller Welt enthüllt, wie hoch die Kirche diesen Volksverrat um kirchlicher Pflichten willen, einzuschätzen weiß.«

Dementsprechend sagte Ludendorff ja auch, seine geistigen Ziele seien der Ausfluß seines Feldherrntums. In der Tat sind sie — hier wie dort — ein wichtiger Bestandteil der totalen Mobilmachung, und der Deutsche Gottesglaube würde zweifellos auch die Förderung der Wehrmacht erfahren, wenn dadurch nicht die Reichseinheit bedroht wäre. Wenn nun in Deutschland die nationalen Feiertage vor den christlichen rangieren sollen, so weist das darauf hin, daß der Nationalsozialismus den Himmel auch schon weitgehend gleichgeschaltet hat. Der internationale Katholizismus, ja selbst der Protestan-

dem Hinweis auf den Vollstreckungsschutz abgelehnt wurde. Der Reichsführer hat andererseits von sich aus die Ärzteschaft verpflichtet, bei der Bemessung der Honorare auf die Notlage der Bauern Rücksicht zu nehmen. Es ist mit der Standesehre eines Bauern nicht zu vereinbaren, die Bezahlung einer Arztrechnung zu verweigern. Schließlich bemüht sich die Ärzteschaft um das höchste Gut des Menschen, um seine Gesundheit. Ich darf der Erwartung Ausdruck geben, daß alle Kreis- und Ortsbauernführer darauf hinwirken, daß dem berechtigten Wunsch der Ärzteschaft seitens der Bauern und Landwirte Rechnung getragen wird.«

Ob es für jene ominösen »einige Fälle«, wenn es wirklich nur einige wären, eines solchen wahrhaft pathetischen Ukases bedurft hätte? Uns dünkt — und alle Nachrichten aus Deutschland sprechen dafür —, daß eben das platte Land nunmehr denkt, daß es unter den Nazis fein heraus ist mit seinen Vorzugsgerechtigten! Und das nicht nur dem vergeblich auf sein Honorar war-

den Doktor gegenüber. Denn da wäre doch auch etwa der Dachdecker, der das Scheunendach seines bäuerlichen Kunden mit Material, das er ausgelegt hat, versehen, der Pumpenmacher, der ihm die Pumpe repariert hat, vielleicht sogar auch der Dorfbarbier oder der Wirt des Dorfkruges mit ähnlichen genau so berechtigten Ansprüchen, wie der Herr Sanitätsrat ihn hat. Freilich alle diese »einfachen« Leute haben nicht gerade einen einflußreichen »Reichsführer« als Eintreiber unbezahlter Rechnungen hinter sich... Der Vollstreckungsschutz nimmt ihnen genau so viel, als er dem schlaun Bauern, der den Geist der Zeit im allgemeinen und den des Dritten Reiches im besonderen richtig kapiert, gibt... Es bleibt als Endeffekt, daß auf die Dauer das ganze ländliche Kreditwesen in einer Weise geschädigt wird, daß gerade die Bauern einmal nach dem schleunigen Abbau dieser Herrlichkeiten schreiben werden. Die verständigen Bauern tun es übrigens heute schon.

»Vor zwei Jahren hat der Staat mit Aufsicht und Lenkung auch die Verantwortung für das deutsche Theater übernommen. Das hat sich im Abweichen mancher Unzukömmlichkeiten segensreich ausgewirkt, aber zugleich etwas gezeitigt, an das damals um so weniger gedacht werden konnte, als es ja das Gegenteil der beabsichtigten Einbeziehung und idealen Nützbarmachung des Theaters vorstellte, nämlich die Gefahr der Verbliedermeierung... Das wirtschaftliche Risiko der Theater hat im allgemeinen nicht abgenommen, das ideale aber ist gestiegen. Kann es da wunder nehmen, daß so manches Theater aus Gründen der (auch wirtschaftlichen) Risikoverminderung häufig das Harmlos-Entlegene, Erfolgsproble, wenn auch vielleicht gänzlich Vergangene dem Problematisch-Neuen, Gärrenden und vielleicht irgendwo »Anekkendene« vorzieht? Man fürchtet, das irgendeine Stelle Anstoß nehmen könnte, und dann wären viel Mühe und Kosten vertan. Man überblickt die Zuständigkeit nicht und nimmt wohl auch an, daß der

tismus können nicht so national sein, wie der Nationalsozialismus es sich zum Ziel gesetzt hat. Die Deutschen sollen nicht nur deutsche Autos kaufen und deutsche Bananen essen, sie sollen auch deutsche Götzen anbeten. Es liebe die totale Autarkie, hoch Wotan! Die totale Mobilmachung gerät in Widerspruch mit dem Christentum, das seinem ganzen Wesen und seiner Lehre nach niemals das Rasseprinzip des Nationalsozialismus anerkennen kann. In Italien, wo der Faschismus keine Rassemythik und keinen Antisemitismus kennt, waren diese Probleme nicht vorhanden, obgleich es zwischen Katholizismus und Faschismus auch heftige Machtkämpfe gegeben hat.

Der päpstliche Staatssekretär Kardinal Pacelli hat kürzlich gesagt, man »müsse dem Vaterland wie einer geliebten Mutter und nicht wie einem gefürchteten Götzen ergeben sein. Eine Vaterlandsliebe, die das Vaterland zu einem barbarischen und nach Tyrannei und Blut dürstenden Götzen macht, ist falsch. Möge Gott alle Länder vor dieser Geißel bewahren.«

Für den deutschen Chauvinisten ist das schon Volksverrat und Internationalismus. Das ist wohl der entscheidende Hintergrund der deutschen Christus-Krise. Mit den Versuchen, ein Kompromiß zwischen Christuskreuz und Hakenkreuz herzustellen, ist es schlecht bestellt, man kehrt entweder zum hakenkreuzfreien Christus zurück oder überwindet ihn ganz durch den artigen Gottesglauben. Wotan, sehr erfreut über seine Karriere, läßt sich viel leichter verbliegen und militarisieren. Hier merkt auch niemand die Verunstaltung, weil dieser alte Germanenpapa überhaupt keine Photographie von sich hinterlassen hat; — dieser schlaue Fuchs.

tenden Doktor gegenüber. Denn da wäre doch auch etwa der Dachdecker, der das Scheunendach seines bäuerlichen Kunden mit Material, das er ausgelegt hat, versehen, der Pumpenmacher, der ihm die Pumpe repariert hat, vielleicht sogar auch der Dorfbarbier oder der Wirt des Dorfkruges mit ähnlichen genau so berechtigten Ansprüchen, wie der Herr Sanitätsrat ihn hat. Freilich alle diese »einfachen« Leute haben nicht gerade einen einflußreichen »Reichsführer« als Eintreiber unbezahlter Rechnungen hinter sich... Der Vollstreckungsschutz nimmt ihnen genau so viel, als er dem schlaun Bauern, der den Geist der Zeit im allgemeinen und den des Dritten Reiches im besonderen richtig kapiert, gibt... Es bleibt als Endeffekt, daß auf die Dauer das ganze ländliche Kreditwesen in einer Weise geschädigt wird, daß gerade die Bauern einmal nach dem schleunigen Abbau dieser Herrlichkeiten schreiben werden. Die verständigen Bauern tun es übrigens heute schon.

»Vor zwei Jahren hat der Staat mit Aufsicht und Lenkung auch die Verantwortung für das deutsche Theater übernommen. Das hat sich im Abweichen mancher Unzukömmlichkeiten segensreich ausgewirkt, aber zugleich etwas gezeitigt, an das damals um so weniger gedacht werden konnte, als es ja das Gegenteil der beabsichtigten Einbeziehung und idealen Nützbarmachung des Theaters vorstellte, nämlich die Gefahr der Verbliedermeierung... Das wirtschaftliche Risiko der Theater hat im allgemeinen nicht abgenommen, das ideale aber ist gestiegen. Kann es da wunder nehmen, daß so manches Theater aus Gründen der (auch wirtschaftlichen) Risikoverminderung häufig das Harmlos-Entlegene, Erfolgsproble, wenn auch vielleicht gänzlich Vergangene dem Problematisch-Neuen, Gärrenden und vielleicht irgendwo »Anekkendene« vorzieht? Man fürchtet, das irgendeine Stelle Anstoß nehmen könnte, und dann wären viel Mühe und Kosten vertan. Man überblickt die Zuständigkeit nicht und nimmt wohl auch an, daß der

»Vor zwei Jahren hat der Staat mit Aufsicht und Lenkung auch die Verantwortung für das deutsche Theater übernommen. Das hat sich im Abweichen mancher Unzukömmlichkeiten segensreich ausgewirkt, aber zugleich etwas gezeitigt, an das damals um so weniger gedacht werden konnte, als es ja das Gegenteil der beabsichtigten Einbeziehung und idealen Nützbarmachung des Theaters vorstellte, nämlich die Gefahr der Verbliedermeierung... Das wirtschaftliche Risiko der Theater hat im allgemeinen nicht abgenommen, das ideale aber ist gestiegen. Kann es da wunder nehmen, daß so manches Theater aus Gründen der (auch wirtschaftlichen) Risikoverminderung häufig das Harmlos-Entlegene, Erfolgsproble, wenn auch vielleicht gänzlich Vergangene dem Problematisch-Neuen, Gärrenden und vielleicht irgendwo »Anekkendene« vorzieht? Man fürchtet, das irgendeine Stelle Anstoß nehmen könnte, und dann wären viel Mühe und Kosten vertan. Man überblickt die Zuständigkeit nicht und nimmt wohl auch an, daß der

## Streicher im Volksmund

Streicher geht über Land spazieren, kommt in ein Dörfchen bei Nürnberg, wo im Dorfteich sich ein Rudel Schweine tummelt und aus der Pfütze nicht heraus will. Das wird dem Bauern, der die Schweine in den Pferch bringen will, zu dumm und er schreit: »Julius komm, komm Julius!« und herbei springt aus dem Hof des Bauern ein starker Hund, ein widerlicher Kötter, undefinierbare Rasse, übelste Promenadenmischung, bellt die Schweine an, beißt sie in die Beine und jagt sie in den Pferch. Das gefällt dem Streicher von dem Hund und er sagt es auch dem Bauern, worauf der Bauer bemerkt: »Ja, mein Julius ist ein tüchtiger Sauhund.«

Streicher setzt seinen Spaziergang fort und kommt ins nächste Dörfchen, wo der Hütjunge die Schweineherde auch nicht in den Pferch bringt. Streicher sieht sich das Abmühen des Jungen lächelnd an. Da schreit auf einmal auch dieser Junge: »Julius komm!« und wieder kommt ein anderer rasseloser Hund und hilft den Jungen die Schweine im Rudel weitertreiben. Nun wird Streicher doch stutzig und fragt den Jungen: »Da heraußen heißen wohl alle Hunde Julius?« »Nein!« — sagt der Hütjunge — »Nur die Sauhund heißen so!«

### Worauf sie stolz sind

Durch folgende deutsche Zeitungsmeldung werden die Zustände, die unter den Landarbeitern herrschen, drastisch beleuchtet:

»In einem kleinen Orte im Kreise Pr.-Holland erwartete eine Frau ein Kind. Als ihre schwere Stunde kam, unterbrach sie ihre Arbeit, ging in ein Roggenfeld und brachte dort das Kind zur Welt. Ohne jede fremde Hilfe tat sie alles, was notwendig war, wickelte das Neugeborene warm ein und versteckte es im Roggenfeld, um es am Abend zu holen. Dann ging die Frau wieder an die Arbeit.«

Die Frau hat also bis zur Stunde der Geburt schwere Feldarbeit geleistet und hat ganz offenbar keine Möglichkeit gehabt, sich wenigstens nach der Geburt die unbedingt nötige Ruhe zu leisten. Wie überschreiben einige deutsche Zeitungen die Meldung? »Not der Landarbeiter? — ach nein, so hätte mans nur in der Judenrepublik genannt. Jetzt heißt es: »Eine ostpreußische Kernnature, und der gute Bürger hat Gelegenheit, schmunzelnd zur Tagesordnung überzugehen.«

### Laßt Blumen sprechen

Bei der Eröffnung der Sommerblumenschau am Funkturm zu Berlin sagte Stadtgartendirektor Josef Perti laut deutscher Zeitungsmeldung:

»Eine Blumenausstellung zu organisieren und zu leiten sei immer eine heikle Aufgabe, weil die Gefahr und die Versuchung, in einen gewissen Blumen-Byzantinismus zu verfallen, immer gegeben ist. Schließlich schade aber jeder Byzantinismus der ursprünglichen Idee.«

Ob er nur den Blumen schadet, der Byzantinismus?

Staat entsprechend der übernommenen Verantwortung das Theaterspielen den oft vielleicht wechselnden politischen (etwa außenpolitischen) Rücksichten unterwerfen könnte. Aus derlei Gründen zieht man den Weg des geringsten Risikos vor, der freilich von den lebendigen Strömen der Zeit oft recht weit ab in die Dürre führt... Bei aller Spielfreude und Lust, unaufführend Neues zu erproben, — ein Zug zum Zeitangewand-Harmlosen (zur windgeschützten Ecke) ist unverkennbar, und eben darin liegt die Gefahr der Verbiedermeierung.«

Warum, so fragt der Autor weiter, leidet gerade das Drama so schwer unter der Unfreiheit des Theaters? Und hier kommt er zu einem Ergebnis, das eigentlich »staatsgefährlich« ist. Wer nämlich die Konsequenz seiner Feststellung richtig versteht, muß begreifen, daß eine wirklich große dramatische Leistung unter der Fuchtel der braunen Schergen überhaupt nicht möglich ist. Warum? Weil es im Dritten Reiche nur gestattet ist, eine Seite der Welt zu zeigen — und diese noch dazu in hakenkreuzförmig verzerrter, blut- und bodenrünstiger Weise. »Das Drama aber«, so erklärt der Verfasser des Artikels,

»ist diejenige Kunstform, die das Ganze des Lebens enthält, kämpferisch, aus seinen Gegensätzen. Nirgend ist es so unzulässig wie hier, das, was der eine gesagt oder getan hat, herauszugreifen, wofern man nicht die Entgegnung, die der andere oder das Schicksal darauf setzen, hinzufügt. Aber nicht allzu vielen ist es gegeben, das Ganze zu sehen, menschliche Ungeduld und Kurzsichtigkeit hält sich lieber an das Einzelne. Daher hat das Drama, insonderheit wo es Diskussion ist, unter Mißverständnis am meisten zu leiden.«

Welchen Ausweg gibt es nun aus diesem

# Hoffnungslose „Intellektualisten“ ...

## Zur Mobilmachung des Kulturapparats

Der Nationalsozialismus schwankt zwischen den altreaktionären Kräften der preußischen Elite und dem neureaktionären Stil der baltischen Ritter vom Blutadel. Der Rittgen Osten, zu dem das Regime entschlossen ist, bedeutet auch die totale Herauslösung aus dem westlichen Kulturkreis. Die fanatische Konzentration auf dem imperialen Kreuzzug macht den Ausgleich zwischen germanischer frasierter Blutromantik und westlicher orientierter — wenn auch reaktionärer — Geistigkeit unmöglich. Die Geisteswissenschaften haben abzutreten. Der geistige Standort Preußens wird wieder auf seinen vorfriderizianischen Ausgangspunkt östlich der Elbe zurückgeworfen. Nicht auf Immanuel Kant sieht Deutschland, der aus seinem östlichen Universitätswinkel sehnsuchtsvoll die große französische Revolution verfolgte; heute richten sich die Blicke der Konkurrenten auf den Raubritteradel des Ostens, über den hinweg der Große Kurfürst seinerzeit die Fundamente des Preußentums errichtete. Diese Feinde eines nach Westen tendierenden Preußens, die Bauernleger und adligen Räuber, erfahren heute post festum ihre geschichtliche Rechtfertigung. Ihre Selbstgenügsamkeit dient den heutigen Herrschern auch in geistigen Dingen als Vorbild.

Methode und Stil der eigentlichen preußischen Geschichtsschreibung, wie sie bei Clausewitz, Ranke, Mommsen usw. ausgebildet wurde, wirken heute aufrührerisch. Wir können es aussprechen, daß diese ursprünglich zur Gleichschaltung bereiten preußischen Historiker, soweit sie noch irgendeine Tradition verkörpern, für das Regime tatsächlich untragbar geworden sind. Dabei ist diese der Vernichtung preisgegebene Tradition keineswegs »liberalistisch«; denn der Liberalismus in den Geisteswissenschaften bestand doch darin, ein kosmopolitisches geistiges Prinzip, das für alle Nationen und alle Zeiten Geltung hat, als Arbeitsgrundlage herauszustellen. Demgegenüber zeichnet sich die eigentliche preußische Methode der Geschichtsschreibung durch ihren Tatsachensinn und durch ihre Bindung an einen politischen Zweck aus. Die Enge des Horizonts mag man wie immer werten; fest steht, daß die preußische Mission dieser Forscher doch von einem fortschrittlichen und entwicklungsfähigen Geist getragen war. Gerade jetzt, wo ein Stück Preußentum in der deutschen Geschichte wieder unheimlich lebendig wird, muß man sehen, daß ein anderes Stück Preußentum vermischt.

Der Nationalsozialismus ist in seinem Wesen traditionslos. Die Geschichte ist ein einziges Greuelmärchen, schon deshalb, weil sie daran erinnert, daß schon vorher etwas da war. Die Naziführer im Kreis der preußischen Generalität: das ist eine Karikatur. Dies Bild ist zusammengesetzt aus schmutzigen Untertanenehrgeiz nach dem Verkehr mit feinen Leuten, und aus der Niveaulosig-

keit der abgetakelten Generalität, die die Emporkömmlinge zur Sicherung ihrer Pfründe und ihrer Machtgier in Kauf nimmt. Zu gleicher Zeit aber wird der preußische Geist aus den Universitäten ausgerottet. Das Handwerk der Professoren widerstrebt in seinem Wesen der totalen Gleichschaltung. Ihr Material ist ein Minimum an geistigem Besitz, das nicht so eindeutig ausgerichtet werden kann wie Kanonen. (Ob der Geist der Kanonen nicht auch einmal gegen die totale Geistlosigkeit rebelliert, bleibe dahingestellt.) Die Grundsätze des Herrn Rust lassen sich allerdings nicht ungestraft in die gesellschaftliche Wirklichkeit umsetzen. Die Geisteswissenschaften, die er auszurotten bestrebt ist, waren nicht ein akademischer Luxus, den sich die bürgerliche Gesellschaft leistete, sondern sie entsprachen einer Notwendigkeit. Die Geisteswissenschaften waren gleichermaßen Untergrund wie Ueberbau der Naturwissenschaften. Die gewaltige spezialistische Leistung der deutschen Naturwissenschaften war nur möglich, weil sie sich an den richtungweisenden Ideen der gesamten Geisteswissenschaften orientieren konnten. Die Arbeitsteilung zwischen Natur- und Geisteswissenschaften ist ein notwendiges Ergebnis der differenzierten Arbeitsteilung im kapitalistischen Produktionsprozeß. Die Auflösung dieser Arbeitsteilung durch die Amputierung des geisteswissenschaftlichen Sektors muß die Fortentwicklung der technischen Energien stören. Diese unausbleibliche Folge der nationalsozialistischen Kulturpolitik ist heute bereits aufgetreten. Die Lähmung des Erfindergeistes, die Hemmung der Produktivkräfte wird bald noch deutlicher sichtbar werden. Das bedeutet aber die denkbar schwerste Erschütterung der deutschen Volkswirtschaft. Der Verzicht auf freie Entfaltung der Wissenschaft, soweit sie im Kapitalismus frei sein kann, ist gleichbedeutend mit dem endgültigen Verzicht auf Deutschlands weltwirtschaftliche Stellung.

### Bestellung beim Dramenschneider

Herr Gustav Gründgens, Intendant des staatlichen Schauspielhauses in Berlin, vom fürchterlichen Mangel an auch nur theatertechnisch akzeptablen Stücken gezwungen, hat sich an sechs deutsche Dramatiker gewandt und sie gebeten, »ihm neue Lustspiele zu schreiben.«

Die Herren Heynicke, Möller, Wellenkamp, Kayser, Langenbeck und Lützkendorff, die dem ehrenden Auf-

trag erhalten haben — ungefähr so, wie man beim Schneider die Bestellung eines Maßanzuges vergibt — werden auf jeden Fall, selbst dann, wenn die Lieferung der angeforderten Theaterware schlecht ausfällt und Herr Gründgens das in Arbeit gegebene »Lustspiel« leider nicht verwenden kann, ein Schmerzensgeld von 1000 Mark erhalten.

Den so Beauftragten ist die Wahl des Sujets, wie allen Subjekten, natürlich abgesehen, selbst überlassen. Herr Gründgens hofft, wie er einem Interviewer seufzend versicherte, »auf diese Art zu brauchbarer Theaterliteratur zu kommen.«

Welch ein Triumph der Armseligkeit, wenn der Staatstheaterintendant aus Mangel an Konkurrenz die »Staats-Dramatiker« mit einem 1000-Mark-Scheck zu schöpferischer Tätigkeit aufpulvern muß!

»Wer Intellektualismus weiter in dem kleinbürgerlichen Sinn ansieht, so schreibt er, »wird sowohl lächerlich wie geschichtlich ausgeschaltet werden. Es ist hauptsächlich die bürgerliche Literatur, die hieran verstoßt oder offen mitarbeitet, diese prima Epiker, Anekdotenschnurrer, Balladenbarden, notorische Nachspieler, stigma-

lisierte zweite Besetzung. Chargenkomiker für Gartenlokale, getarnter neuer Staat, in Wirklichkeit die stupiden alten Herrn — Mittelstand als Vampirismus. Am liebsten möchten sie alles, was überhaupt noch seine Anschauungen in prägnante Formen bringt, Formeln, die das Gemeinte unverwechselbar und schonungslos ausdrücken, was gleichbedeutend ist mit: es nachprüfbar, diskussionsfähig, geschichtsfähig machen, als fremdstämmig, unrassisch, undeutsch denunzieren; schon der Drang zur Form, das ist mediterran; Klarheit wider-natürlich; Begriffsleben unreligiös; am liebsten würden sie eine Notverordnung für Deutschland sehen; Denken ist zynisch, es findet hauptsächlich in Berlin statt, an seiner Stelle wird das Weserlied empfohlen... Schriftsteller, die ihrem Weltbild sprachlich nicht gewachsen sind, nennt man in Deutschland Seher — das ist dann kein Markenartikel mehr... Das ist die Kunst der bürgerlichen (lies: nationalsozialistischen P.) Aera, und wenn man das abgestanden findet, dann ist man ein Intellektualist.«

Die Schärfe des Angriffs ist hier auffallend und die Selbstbezeichnung ist interessant. Herr Bann hat Glück, daß er noch keinen Lehrstuhl erhalten hat. Sein Freund in der Reichsschrifttumskammer, der ihm das Büchlein durchrutschen ließ, wird eines Tages nichts zu lachen haben. Hier handelt es sich allerdings nur um ein nebensächliches Symptom. Die Totalmobilmachung des Kulturapparates für die Zwecke des Raubrittertums wird dadurch nicht berührt. Aber vielleicht gibt es auch außerhalb der sozialistischen Arbeiterschaft in Deutschland noch Menschen, die an der Gewohnheit des »intellektuellen« Denkens noch festhalten wollen. Vorläufig sind sie noch hoffnungslose Intellektuelle. Aber der Drang des Geistes nach Verwirklichung ist eine Tradition, die in Deutschland nicht leicht zu zertreten ist. P.

Herr Gottfried Bann, der ein Herold des nationalsozialistischen »Antiintellektualismus« und ein Verkürer der Geistfeindschaft war, findet es heute ungemütlich. Schließlich wanken die Fundamente jeder Literatur — außer der kriegsvorbereitenden — wenn die amtliche Ideologie das Publikum gegen jegliche geistige Infektion immunisiert. Auch Herr Bann verliert seine Leser. Es ist direkt trotzig, wie dieser begeisterte Jünger Rosenbergs heute eine volle Kehrtwendung vollführt und in seinem Pamphlet »Kunst und Macht« für den »Intellektualismus« in die Schanze springt:

»Wer Intellektualismus weiter in dem kleinbürgerlichen Sinn ansieht, so schreibt er, »wird sowohl lächerlich wie geschichtlich ausgeschaltet werden. Es ist hauptsächlich die bürgerliche Literatur, die hieran verstoßt oder offen mitarbeitet, diese prima Epiker, Anekdotenschnurrer, Balladenbarden, notorische Nachspieler, stigma-

lisierte zweite Besetzung. Chargenkomiker für Gartenlokale, getarnter neuer Staat, in Wirklichkeit die stupiden alten Herrn — Mittelstand als Vampirismus. Am liebsten möchten sie alles, was überhaupt noch seine Anschauungen in prägnante Formen bringt, Formeln, die das Gemeinte unverwechselbar und schonungslos ausdrücken, was gleichbedeutend ist mit: es nachprüfbar, diskussionsfähig, geschichtsfähig machen, als fremdstämmig, unrassisch, undeutsch denunzieren; schon der Drang zur Form, das ist mediterran; Klarheit wider-natürlich; Begriffsleben unreligiös; am liebsten würden sie eine Notverordnung für Deutschland sehen; Denken ist zynisch, es findet hauptsächlich in Berlin statt, an seiner Stelle wird das Weserlied empfohlen... Schriftsteller, die ihrem Weltbild sprachlich nicht gewachsen sind, nennt man in Deutschland Seher — das ist dann kein Markenartikel mehr... Das ist die Kunst der bürgerlichen (lies: nationalsozialistischen P.) Aera, und wenn man das abgestanden findet, dann ist man ein Intellektualist.«

fen gröhlen. Neuerdings wurde berichtet, das Lied werde noch immer im Schulunterricht geübt. Das schien uns unglaublich, aber unsere Freunde belehrten uns, daß wir wieder einmal unberechtigte Zweifel in die hitlerdeutschen Möglichkeiten hatten. Als wir der Einladung folgten, uns das Lied aus der Schultube vorsingen zu lassen, waren wir rasch belehrt. Kaum zehnjährige Buben und Mädchen schrien das Lied aus Leibeskräften in die blühende Sommerflur, und ihre kindlichen Stimmen wollten durchaus »sterben als ein tapferer Held«. Es ging also nicht nur um die Melodie. Auch die Worte des rohen Kriegesliedes wurden geübt, und unsere Freunde versichern uns, das sei landauf und landab in vielen Schulen so.

»Siegreich wollen wir Frankreich schlagen...« Immer inniger werden die Freundschaftserklärungen Hitlers an Frankreich. Immer schonender wird Frankreich in der deutschen Presse behandelt. Diese Regie klappt. Daran ist kein Zweifel. Die englische Diplomatie gibt sich große Mühe, diese Gesten ernst zu nehmen, und eben erst hat Sir Samuel Hoare im Hause der Gemeinen erklärt, daß er Hitlers Worten glaube.

In Deutschland selbst scheint dieser Glaube nicht so unbedingt zu sein. Am wenigsten in den hitlerischen Organisationen, die noch immer ihr »Siegreich wollen wir Frankreich schlagen...« mehr oder minder besof-

### Wegen jüdischen Bluteinschlages ...

In einem Aufsatz in der Zeitschrift des Reichsverbandes deutscher Schriftsteller »Der Schriftsteller« schreibt der Reichsverbandeleiter Götz Otto Stoffregen unter anderem, daß nach einer dreimaligen Aenderung der Nichtarierbestimmungen insgesamt 1628 deutsche Schriftsteller wegen jüdischen Bluteinschlages aus dem Reichsverband deutscher Schriftsteller ausgeschlossen wurden, damit sei ihnen die Möglichkeit, durch schriftstellerische Arbeiten ihren Lebensunterhalt zu verdienen, überhaupt genommen worden. Weiteren 1500 Aufnahmegesuchten von Schriftstellern, die nicht rein arischer Abstammung sind, sei nicht Folge gegeben worden.

»Siegreich wollen wir Frankreich schlagen...«

# Arbeitskraft und neues Strafrecht

Die amtliche Strafrechtskommission, die mit den Vorarbeiten einer »Erneuerung des Strafrechts« beauftragt worden ist, hat soeben ihren Bericht herausgebracht, der in einem Abschnitt »Angriffe auf die Arbeitskraft« den Schutz der menschlichen Arbeitskraft behandelt. Mit scheinheiliger Geste wird die Arbeit als »das wichtigste Rechtsgut« bezeichnet. Während früher vorwiegend die materiellen Werte geschützt waren, so erwähnt Vizepräsident Grau, würde in Zukunft der Schutz der Arbeitskraft einen breiten Raum einnehmen.

Die frühere Sozialverfassung von Weimar hatte als grundlegende Bestimmung im Art. 157 einen erhöhten Schutz für die wirtschaftlichen Schwächeren statuiert. Es hieß: »Die Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutz des Reiches.«

Im einzelnen bestanden eine Reihe von Gesetzen für den Betriebs- und Arbeitsschutz der Arbeiter und Angestellten, die der kapitalistischen Ausbeutung und dem kapitalistischen Gewaltverhältnis Grenzen setzten. Das faschistische Strafrecht »zum Schutz der Arbeitskraft« lehnt jeden besonderen Schutz des einzelnen Arbeiters und der Arbeiterschaft als Klasse bewußt ab und läuscht eine Gleichheit der Unternehmer und Arbeitnehmer im kapitalistischen Staate vor, die nicht besteht. So heißt es als Ausgangspunkt dieser faschistischen Reform:

»In der Summe der Einzelarbeitskräfte verkörpert sich die Arbeitskraft der Nation. Wenn wir dieses wichtige Rechtsgut schützen und seinen Schutz auch durch strafrechtliche Sanktionen sicherstellen, so müssen wir die Gesamtarbeitskraft des Volkes in den Mittelpunkt unserer Schutzmaßnahmen stellen.«

Diese sogenannte Rechtsordnung läßt absichtlich jede Prüfung der herrschenden Eigentumsverhältnisse unerörtert. Die faschistischen Erneuerer haben noch nicht bemerkt, daß das Eigentum an den Produktionsmitteln, am Grund und Boden und am Finanzkapital den besitzenden Volksgenossen auch die unbedingte Herrschaft über die menschliche Arbeitskraft sichert. Sie wollen nichts davon wissen, daß Arbeiter und Angestellte unter dem Befehl ihrer Unternehmer und zu deren Profit arbeiten. So stellen sie an die Spitze ihrer Strafrechtsreform den heuchlerischen Satz:

»Es ist nicht nur ein Göttergeschenk und ein Recht, für sein Volk arbeiten zu dürfen, die Arbeit ist auch eine ernste Pflicht.«

Die strafwürdigen Angriffe auf die deutsche Arbeitskraft sind dem Entwurf zufolge solche:

1. auf die völkische Pflicht zur Arbeit;
2. auf die Substanz der nationalen Arbeitskraft;
3. auf die Arbeitsfreiheit;
4. Beeinträchtigung der Arbeitsgelegenheit;
5. Störung des Arbeitsfriedens.

Zu Punkt 1 wird ausgeführt, daß die Pflicht zur Arbeit für die Volksgemeinschaft »am sinnfälligsten im Arbeitsdienst zum Ausdruck kommt«. Die ganze Strenge des neuen Strafrechts wendet sich daher gegen jeden,

»der den Arbeitsdienst öffentlich oder böswillig verächtlich macht oder wer öffentlich zur Verweigerung des Arbeitsdienstes anreizt oder auffordert...«

»Strafbar wird ferner sein, wer sich als Unterstützungsempfänger weigert, aus Arbeitsscheu, ihm zugewiesene angemessene Arbeit zu verrichten.«

Die »völkische Pflicht zur Arbeit« umfaßt demnach die Zwangsarbeit im Arbeitsdienst, bei den Notstandsarbeiten und all die Hitler-Einrichtungen, die grundsätzlich Arbeit ohne Lohn darstellen.

Im zweiten Abschnitt werden die Angriffe auf die Substanz der nationalen Arbeit behandelt. Soweit es sich um menschliche Arbeitskraft handelt, wird die geschäftsmäßige Vermittlung von Arbeitskräften nach dem Ausland bestraft. Entscheidend aber ist der Sturz der technischen Arbeitskraft. Es heißt:

»Wer in einem Betrieb oder an einer Maschine eine dem Schutz des Lebens... dienende Vorrichtung beschädigt oder unbrauchbar macht usw., wird mit Gefängnis, bzw. Zuchthaus bestraft.«

Das Ausbeutungssystem der Kapitalisten, die Leben und Gesundheit ihrer Lohn- und Gehaltsempfänger gefährden, interessiert die Erneuerer des deutschen Rechtslebens nicht! Es gibt für sie keine Substanz der Arbeiterklasse, sondern nur eine »Gesamtarbeitskraft der Nation«, in der selbstverständlich Betrieb und Maschine des stärksten Substanzschutzes bedürfen.

In einem Nebensatz wird erwähnt, daß Ueberanstrengung von Frauen, Jugendlichen und Kindern »einen besonderen Tatbestand herbeiführen können«.

Der folgende Teil, der von Angriffen auf die Arbeitsfreiheit spricht, müßte zunächst die Bestrafung des Regimes vorsehen, denn Hitler hat jede Arbeitsfreiheit aufgehoben. Hier wird von der Strafbarkeit des Lohnwuchers gesprochen, wenn die Gegenleistung für die beanspruchte Arbeitsleistung »in auffälligem Mißverhältnis« zur Arbeitsleistung steht. Nachdem das Lohnkittat dem Unternehmer und dem Unternehmerbeauftragten, den Treuhändern der Arbeiter, überlassen worden ist, die Arbeiter und Angestellten durch restlose Aufhebung jeder auch nur gewerkschaftsähnlichen Einrichtung, der geringsten Einwirkung auf die Regelung der Löhne beraubt worden sind, ist der Lohnwucher im Dritten Reich so allgemein geworden, daß »auffällige Mißverhältnisse« kaum noch feststellbar sind.

Wenn wucherische Ausbeutung der Arbeitskraft strafrechtlich gefaßt werden sollte, so wäre die Voraussetzung für die Rechtsfindung, daß die Gesamtheit der Arbeitnehmer Einrichtungen zur arbeitsmarktpolitischen Gestaltung des Lohnes haben dürfte. Gerade auf dem Gebiete der Lohnausbeutung zeigt sich die ganze Unwahrhaftigkeit des deutschen Faschismus. Die Weimarer Verfassung, die im Art. 165 die gleichberechtigte Mitwirkung der Gewerkschaften auf dem Arbeitsmarkt in den Lohn- und Arbeitsfragen gewährleistet hatte, ist zertrampelt worden, um eine unumschränkte Ausbeutungsfreiheit, die das manchesterliche System noch weit übertrifft, herzustellen!

Was soll eine Strafbestimmung gegen wucherische Ausbeutung der Arbeitskraft, wenn der Arbeitswucher von Staats wegen organisiert und die Ausbeuteten von demselben völlig entwaffnet wurden, um sich gegen Arbeits- und Lohnwucher nicht mehr wehren zu können.

Weitere Strafbestimmungen sollen die Beeinträchtigung der Arbeitsgelegenheit treffen. Die Kommission hat u. a. einen Tatbestand vorgeschlagen, in welchem derjenige »mit Gefängnis bedroht wird, der gewissenlos die Betriebsmittel eines ihm anvertrauten Betriebes verschleudert. Vor Hitlers Machtantritt gab es eine Stilllegungsverordnung, die tatsächlich einen gewissen Schutz gegen willkürliche Stilllegung der Produktion und gewissenlose Verschleuderung der Produktionsmittel geboten hatte. Sie wurde als »marxistische aufgehoben. Die eingeleitete Kartellkontrolle wurde wieder zerstört. Der Quotenkampf der Kartellbetriebe, bei dem im Interesse des höheren Profits ganze Betriebe eingestellt, d. h. die Betriebsmittel ganz systematisch verschleudert werden, ist wieder im vollen Gange. Aber darüber haben im Dritten Reich nicht die Strafrichter, sondern die Träger der Reichswirtschaftskammer zu befinden. Das sind dieselben Monopolkapitalisten, die als Nutznießer der aus Monopolgründen bedingten »Vergeudung der Be-

triebsmittel« betreiben. Was sie tun, ist »nicht gewissenlos!«

Es ist in all diesen neuen Strafbestimmungen »zum Schutz der menschlichen Arbeitskraft« nichts zu entdecken. Dafür beschäftigt sich der letzte Abschnitt eingehend mit diesem »wichtigsten Rechtsgut« der Nation, indem die »Störung des Arbeitsfriedens« unter schwersten Strafen gestellt wird. Es fällt unter die »Angriffe auf die Arbeitskraft«, wenn die geknechteten Arbeiter und Angestellten zur Waffe der solidarischen Arbeitsverweigerung, zum Streik greifen.

»Beim Streik, als einem typischen Massenelikt, soll nur der Rädelführer bestraft werden.«

Und dann zeigen die Erneuerer des deutschen Rechtslebens ihre wahre Arbeiterfeindliche, kapitalistische Fratze. Es heißt:

»Wer die Gefolgschaft eines Betriebes, in dem in der Regel mindestens 20 Beschäftigte sind, oder einzelne Angehörige eines solchen Betriebes auffordert oder aufreizt, gemeinsam die Arbeit vertragswidrig niederzulegen oder sie böswillig in einer Weise zu verrichten, daß die Fortdauer oder der regelmäßige Verlauf des Betriebes gestört wird, wird mit Gefängnis bestraft. Kommt es zu einem Streik oder zur Aussperrung, so trifft die Rädelführer die gleiche Strafe.«

»Auch die Personalsabotage, begangen durch gewaltsame Abhaltung der Arbeitswilligen, ist straffällig.«

In den lebenswichtigen Betrieben wird auch die Sachsabotage von den Strafbestimmungen in gleicher Weise erfaßt.

Die »materiellen Werte« des Unternehmerprofits sollen vom neudeutschen Strafrecht gegen die kollektiven Kräfte der Arbeiterschaft staatlich und strafrechtlich geschützt werden, das ist der eigentliche Sinn dieser Rechtserneuerung. Dieses Strafrecht, das angeblich die »Gesamtarbeitskraft des Volkes« im »Kampf um ihre Selbstbehauptung« schützen will, wird die Krönung des seit dem Mai 1933 im Gang befindlichen Versklavungsprozesses sein. Aber weder ein faschistisches »Arbeitsrecht« noch ein faschistisches Strafrecht werden imstande sein, die natürlichen Waffen der Gesamtarbeitskraft des deutschen Proletariats zu zerbrechen. Das neue Strafrecht ist ein einziger Angriff auf das höchste Rechtsgut, auf die menschliche Arbeitskraft. Sie war wirklich geschützt durch den Art. 159 der Weimarer Verfassung, in dem es heißt:

»Die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Alle Abreden und Maßnahmen, welche diese Freiheit einzuschränken oder zu behindern suchen, sind rechtswidrig.«

Indem die Nazis diese elementaren Voraussetzungen für den Schutz der menschlichen Arbeitskraft mit Gewalt zerstört haben, sind sie dem großkapitalistischen Ausbeutertum zum wichtigsten Instrument der Aechtung des schaffenden Volkes geworden.

## Der „Sozialismus der Gulaschkanone“

### Freud und Leid der deutschen Selbstblockade

Der »deutsche Sozialismus« sieht doch ganz genau so aus, wie sich der deutsche Normalspieler in schlaflosen Nächten den Marxismus vorgestellt hat. In angstgequälten Träumen sah er riesig große Wagen heranziehen, die Haus für Haus abfahren, um alles bewegliche Eigentum, vom Geldschrank bis zum Kragenknopf aufzuladen und dann die Gesamtbevölkerung in langen Reihen zwecks Neuverteilung des Reichtums antreten zu lassen. Die deutschen Normalspieler konnten sich den Sozialismus offenbar nicht anders vorstellen, und daher ist es kein Wunder, wenn er nun heute, da der deutsche Spießbürger »Sozialismus« macht, in der Tat dem furchtbaren Traum seiner selbst entspricht. Haß auf die Weltwirtschaft, der man sich nicht mehr gewachsen fühlte, hat Spießern und Junkern die Gulaschkanone mit dem eigenen Eintopfgericht als das erstrebenswerte Ideal erscheinen lassen. Die deutsche Selbstblockade schien ihnen die Rettung zu sein, so tun sie alles für sie, was nur denkbar ist, denn die Gulaschkanone mit den Kohlrüben für alle Volksgenossen, — ostelbische Junker und Systembonzen ausgenommen — das ist für sie »das traute sozialistische Beisammensein der Nation«. Daneben hat es noch den Vorteil, günstig für den Kriegsfall und »äußerst gesund« für das Volk zu sein, also alle deutschen Interessen werden durch die Wahrnehmung der Selbstblockadeinteressen mit wahrgenommen. So sagen sie und begründen es »tiefsinnig«. Lesen wir doch z. B. im »Deutschen Adelsblatte

folgende »bedeutende ernährungswissenschaftliche Betrachtung«:

»Der Zusammenbruch der Ernährungswissenschaft im Kriege hatte nicht zuletzt seinen Grund in völlig falschen ernährungsphysiologischen Voraussetzungen. In der Zwischenzeit hat die Wissenschaft auf diesem Gebiet große Fortschritte gemacht und man darf nicht zögern, sie im nationalwirtschaftlichen Interesse auszuwerten. Besonders die Japaner haben hier vorbildliche Arbeit geleistet. Das von Professor Sakai mit staatlicher Unterstützung geschaffene Ernährungsinstitut in Tokio arbeitet systematisch an einer Reform der Ernährung auf der Grundlage der Selbstversorgung. Er hat für Notzeiten eine Einheitsnahrung geschaffen, die gleichermaßen den physiologischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten gerecht wird. Auch in Deutschland und anderen Staaten fehlt es nicht an Versuchen in einer Reform der Ernährung. . . . Es wäre jedoch an der Zeit, im Interesse der Kriegswirtschaft nicht weniger als in dem der Gesunderhaltung des Volkes, eine großzügige Erziehungsarbeit zu beginnen und die Ernährung des deutschen Menschen und des deutschen Tieres auf tatsächlich »wirtschaftseigene« Grundlagen zu stellen. Nur dann wird die Volksernährung auch im Fall einer neuen Blockade gesichert sein.«

Daß solcherlei Gedanken in der Presse des deutschen Adels, also der Konservativen vertreten werden, ist gewiß kein Wunder. Der Wind weht also aus Ostelbien — darum riecht es nach Kohlrüben, nach Morgentrunk und anderem Futter aus der

großen Zeit. Ja, diese Kriegszeit mit ihrer Blockade war eine Freudenzeit für die deutschen Junker, Leidenszeit aber für das Volk. Und nun will der feudale und Spießbürger-sozialismus diesen Kriegszustand verewigen. Von den Boxheimer Dokumenten, die im November 1931 zum Entsetzen der Nazis enthüllt wurden, ist bisher restlos nur die programmatische Morderei verwirklicht worden, das Wirtschaftsideal wurde indes nicht so komplett durchgesetzt. Man kämpft noch immer gegen die Saboteure der Gulaschkanone. Aber welches Ziel der deutsche Sozialismus hat, das sollte man sich an Hand der Boxheimer Dokumente doch wieder einmal in Erinnerung rufen, denn diese sehen den Zielen des deutschen Adelsblattes sehr ähnlich: 1. Alle Lebensmittel stehen zur Verfügung der . . . (SA-Landwehren o. ä.) und sind an deren Beauftragte auf Anforderung ohne Entgelt abzuliefern. 3. Jeder Verkauf und jede tauschweise Veräußerung von Lebensmitteln ist verboten. 4. Strafe für jede Verletzung der Feststellung und Ablieferung und für jeden Verkauf und Tausch von Lebensmitteln . . . . . Ferner sehen die Boxheimer Dokumente vor: Kollektivspesung, Zuteilung von Lebensmitteln, Ausgabe von Karten zwecks Rationierung usw. Was dabei herauskommen kann, ist nur jener Gulaschkanonensozialismus, der zum Maßstab einer neuen Menschheit die Masse der um einen Herdentopf versammelten Einwohner nimmt. Und wenn nun heute der »Völkische Beobachter« verschärfte »antikapitalistische Maßnahmen« ankündigt, so kann heute schon gesagt werden, daß deren tatsächliche Verwirklichung nur auf der Linie der Boxheimer Dokumente und des deutschen Adelsblattes liegen kann. Diese Herrschaften sind noch nicht einmal bei dem Kulturgrad des modernen Kapitalismus angelangt, geschweige schon darüber hinaus.

## Die Berliner Konsumgenossenschaft aufgelöst

Als eines der ersten Opfer des Gesetzes über die Liquidierung der großen Konsumvereine verfällt die Konsumgenossenschaft Berlin-Lichtenberg der Auflösung. Durch übereinstimmenden Beschluß des Vorstandes und des Aufsichtsrates ist mit Zustimmung des Reichswirtschaftsministers die Auflösung nach dem Gesetze vom 31. Mai 1935 beschlossen worden.

Wie dem kurzen Kommentar des »Völkischen Beobachters« zu entnehmen ist, werden die Verteilungsstellen an Angestellte und »junge aufbauwillige Kräfte im Handel« verschachert werden, die damit die Möglichkeit zur Schaffung einer eigenen Existenz erhalten sollen.

Damit wird der Raub des genossenschaftlichen Eigentums der Arbeiter fortgeführt und gleichzeitig zur Befriedigung eigennütziger Interessen hunderte Angestellte und Arbeiter der Erwerbslosigkeit überantwortet.

## Neuer Vorwärts

### Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horst; Druck: »Graphia«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bzw. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1935. Printed in Czecho-Slovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR. Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Frs. 2.45 (29.50), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guld. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lit. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 4.40 (48.00), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA. 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Post-scheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 190.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Chechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2929. Jugoslawien: Anglo-Chechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.003. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.